Kongreß-Ausgabe

Selbstwehr

Jüdisches Volksblatt

Erscheint jeden Freitag.

Postsparkassen-Konto Nr. 45983
Inseraten-Abteilung Nr. 63372.

Telephon Nr. 626-30.

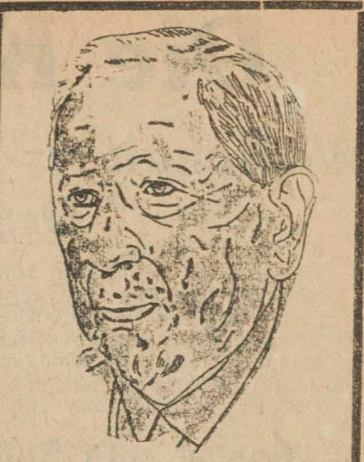
Redaktion und Administration:
Prag I., Dlouhá 41.

1. Ab 5691.

15. Juli 1931.

XXV. Jahrgang.

Nr. 30



Nahum Sokolow,
der neue Präsident der Zion. Organ.

Sokolow – Präsident der Organisation

. . . aber noch immer keine Leitung

Kongreß dauert an — Agency-Tagung begonnen

Tragische Komödie

F. W. Basel, 13. Juli.

Es ist wohl zum ersten Male in der Geschichte der zionistischen Bewegung, daß sich der Berichterstatter, wenn er einen richtigen Bericht geben will, in einen Augenzeugen verwandeln muß. Denn die Nacht vom 12. auf den 13. ließ nicht nur Reden hören, sondern auch manche Taten sehen, Taten freilich, welche trotz aller Heldenregie keine Heldenstreiche waren. Die „Jüdische Rundschau" schrieb unlängst von den Ziegenböcken, die hier im Porzellanladen ihr Wesen treiben; es scheint, daß durch die Ereignisse dieser Nacht viel Porzellan zerschlagen worden ist, und daß die Komödie, welche hier vor dem jüdischen Volk im Angesicht der internationalen Welt gespielt worden ist, ein neues schweres Stück Tragik in die ohnehin genug tragische Geschichte unseres unglücklichen Volkes gebracht hat.

Der Abend bot von allem Anfang an das Bild eines großen Ereignisses. Der Kongreß-Saal, der in den letzten Tagen sich merklich geleert hatte, war von Beginn der Sitzung an gefüllt und man spürte jene Stimmung im Saal, die entsteht, wenn man sich auf das Theater eines historischen Ereignisses vorbereitet. **Es handelt sich um das große Problem der zionistischen Zielsetzung, und der damit verbundenen „Erledigung" Weizmanns. Sie gelang durch Verbindung der Revisionisten, Misrachi und Zentrum B; was aber nicht gelungen war, die Durchsetzung der Zielsetzung der Revisionisten, welche in einer Resolution als Ziel des Zionismus den Judenstaat zu beiden Seiten des Jordan proklamierten. Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über diesen revisionistischen Antrag wurde mit überwiegender Mehrheit des Kongresses angenommen; es stimmten gegen den Antrag außer den Revisionisten noch einige Misrachi und einige Radikale, im ganzen 62 Delegierte.** Die Revisionisten quittierten diese Niederlage mit lauten Pfui-Rufen, wie sie auch schon während der namentlichen Abstimmung Ussischkin, Mossinson u. a., welche für den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gestimmt hatten, mit höhnischen Pfui- und „Bus"-Rufen bedacht hatten. Der Reiz- und Spannungszustand zwischen den feindlichen Gruppen wurde infolge der Wutausbrüche der Revisionisten zur Siedehitze gesteigert, als Großmann, der Führer der Revisionisten zu einer Erklärung sich das Wort erbat. Als er bei dieser Gelegenheit den Linken zurief, was für Ueberwindung es die Revisionisten gekostet hätte, acht Tage lang mit der Linken in einer Kommission zusammen zu sitzen, brach der Krawall los. Die Linke ließ Großmann seine Erklärung nicht beenden, und benützte die Hatikwah als Obstruktionsmittel; den vielstimmigen Gesang konnte selbst die schrille Stimme Großmanns nicht durchdringen; und so bald er anfing, wurde immer wieder die Hatikwah intoniert; es ist kein Wunder, daß dadurch nicht nur die Wut des Redners, sondern auch die Aufregung der Revisionisten aufs höchste stieg. Jabotinsky sprang auf einen Sessel und schrie in den Saal: „Das ist kein Zionistenkongreß." Das Wort hatte im übrigen der neben ihm stehende tschsl. revisionistische Delegierte Rabinowicz-Kwasnik vor ihm ausgerufen, aber erst Jabotinsky gab ihm die große pathetische Geste. Er

zerriß die Delegiertenkarte zum Zionistenkongreß

in viele Stücke und warf die Stücke gegen die Linke. Dann zog er ein Zehn-Centime-Stück aus der Tasche und warf es — als Takziv — der Linken zu. Indessen machten andere Revisionisten schnell um Jabotinsky eine Kette, sprangen auf die Sessel, nahmen ihn in die Mitte und es entstand in der Mitte des Saales eine schön abgestufte **Menschenpyramide. Zu dieser Szene begannen** die Revisionisten die Hatikwah zu singen, die Linke sang sie auch und so erstarrte die Szene zu einem lebenden Bilde: „Der Führer geschützt von seinen Mannen". In diesem Moment wechselte die Szene und die Handlung wurde in den Hintergrund des Saales verlegt. Dort hing eine blau-weiße Fahne von der Galerie in den Saal herab. Ein Baseler Revisionist — Lang heißt der Mann — ergriff einen Stuhl, stieg darauf und begann die Fahne herunterzuzerren; oben hielt man die Fahne fest; der Revisionist hing sich an die Fahne, bis er sie endlich hinunterriß und sich mit der Fahne auf dem Boden wälzte. Indessen waren Ordner, Studenten und Gäste hingelaufen und es begann im Hintergrund des Saales eine Rauferei um die Fahne. Schließlich blieben, nachdem der Kampf eine Zeitlang hin und hergetobt hatte, die Hüter der Ordnung Sieger und die Fahne wurde wieder unter großem Beifall an ihren Ort gebracht. Der Tumult dauerte weiter, das Präsidium sah der ganzen Szene ohnmächtig zu; da sich die Aufregung nicht legte und es Großmann nicht möglich war, seine Erklä**rungen zu Ende zu führen, rief er aus: „Die Re**visionisten verlassen den Kongreß!" und es folgte der

Exodus der Revisionisten,

den sie unter Pfeifen und Johlen und mit wutverzerrten Gesichtern vollzogen. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen. Die Aufregung legte sich aber lange nicht; es war schon gegen 3 Uhr, als die Sitzung ihr wüstes Ende fand, aber der Kongreß ging nicht nach Hause. Die Delegierten verteilten sich in den Couloirs und Restaurationsräumen der Mustermesse und machten ihrer Aufregung noch lange Luft. Es wird berichtet, daß Jabotinsky draußen den heldenhaften Fahnenstürmer geküßt habe; die ganze Szene, verständlich nur aus dem Gesichtspunkte politischer Hysterie, entbehrt nicht einer Pointe. Die Fahne war Eigentum des Fahnenstürmers, welche er dem Kongreß zur Verfügung gestellt hatte. Am nächsten Tage war bereits eine Sitzung des Ehrengerichtes gegen Herrn Lang, in welcher dieser jede Verteidigung, daß es sich um eine Affekthandlung oder daß es sich um seine eigene Fahne gehandelt hat, ablehnte; er erklärte das Herabreißen der Fahne nicht für eine Affekthandlung, sondern für „eine wohlüberlegte Tat", da er die zionistische Fahne vor der „Besudelung durch die Knebelung des Judenstaat-Antrages" habe schützen wollen.

Das ganze Ereignis, sowohl die große Szene Jabotinskys, als auch der Fahnentumult sind sehr belehrend; sie zeigen uns, wie weit in gewissen zionistischen Kreisen sich echter Wille mit Theatralik vermischt hat; es ist wirklich unerträglich, wenn die revisionistische Erziehung ihre Anhänger dahin führt, daß sie eine nicht revisionistische Ansicht als eine Besudelung der zionistischen Fahne empfindet; und es ist ebenso unerträglich, annehmen zu müssen, daß diese ganze Szene von den Revisionisten arrangiert war, um sich nach der Niederlage einen berauschenden Abgang zu sichern. Es ist weder das eine noch das andere für sich allein wahr; es ist eben eine Vermischung von Wille und Theater eingetreten und das ist ja das Wesen des Proklamations-Zionismus.

Bei den andern Völkern ist es nicht anders; auch sie haben ihre Revisionisten; und ähnliche Szenen in ihren Parlamenten; ja ich glaube, es wäre sogar in andern Parlamenten zu viel ausgiebigeren Prügeleien gekommen, als bei uns. Dennoch — und das ist die drohende Lehre dieses Kongresses — ist diese politische Assimilation entschieden weiter gediehen, als wir uns in unserer Lage leisten dürfen.

Exodus und Rückkehr der Revisionisten
Misstrauensvotum gegen Weizmann
Rechtsmehrheit gegen Jerusalemer Universität

Die Situation Mittwoch mittags

Telephonnachricht unseres Berichterstatters.

F. W., Basel, 15. Juli mittags.

Sokolow wurde zum Präsidenten der zionistischen Organisation gewählt. Und zwar mit 118 Stimmen (darunter 50 Revisionisten) gegen 48 Stimmen Die Revisionisten stimmten für Sokolow, wie sie in einer Erklärung sagten, nur um Weizmann zu stürzen, sonst beteiligen sie sich an keiner Exekutive. Der Kongreß hat eine klare Anti-Weizmann-Majorität, eine rechte Mehrheit, wie Mereminsky sagte, „eine klerikale-fascistische Majorität"; dennoch erwies sich der Kongreß nicht fähig, eine Exekutive zu bilden. Die Sitzung dauerte gestern solange, bis die angesetzte Agency-Sitzung begann; nach der Agency-Sitzung wartete der ganze Kongreß bis 7 Uhr früh auf die Exekutive, welche der Permanenzausschuß vorschlagen sollte. Um 7 Uhr erklärte der Präsident des Kongresses, daß der Permanenzausschuß nicht fähig gewesen war, eine Exekutive zu bilden, Heute Mittwoch um 5 Uhr nachmittag erwartet man die Entscheidung über die Exekutive. Es ist ein Kampf um die Linke, die in die Exekutive hineingehen soll, die aber gewisse Bedingungen stellt, vor allem die Reasumierung der wichtigsten reaktionären Beschlüsse des Kongresses, sowie eine Erklärung der Politik, welche etwa der Weizmann-Politik entspricht. Es sollen in die Exekutive hineinkommen: Farbstein, Newman, Arlosoroff, Berl Locker, Berl Kazenelson und Brodetzky. Bisher ist es nicht gelungen, die Exekutive zu bilden.

★

Die Revisionisten sind Dienstag in den Kongreß, den sie demonstrativ verlassen hatten, zurückgekehrt und haben sich wieder aktiv an den Verhandlungen beteiligt. Besondere Aufregung verursachte ein gelegentlich des Berichtes der Erziehungs-Kommission mit den Stimmen der Revisionisten, des Misrachi und der Mehrheit der Gruppe B angenommener revisionistischer Antrag, worin es heißt: „Der Kongreß mißbilligt den Verzicht auf nationale Ideale, der in der Leitung der Universität zum Ausdruck gekommen ist und beauftragt die Exekutive, auf der Wacht des nationalen Geistes an der Universität zu sein." Dieser Antrag wurde mit 87 zu 74 Stimmen angenommen, nach heftigen Protesten von Berl Kaznelson und Arlosoroff, die namens der Arbeiterpartei für Gedankenfreiheit und Lehrfreiheit eintraten und auf die Parallele zu dem chauvinistischen Geist einiger europäischer Universitäten hinwiesen. Die Linke verlangte als Bedingung für einen Eintritt in die Koalition die Aufhebung dieses und noch anderer Beschlüsse des Kongresses.

Neuer Palästina-Kommissär

An Stelle von Sir John Robert Chancellor, dessen Amtszeit am 1. November abläuft, ist der bisherige kommandierende General in Nord-Irland, Generalleutnant Wauchope, zum Hohen Kommissär und Kommandeur in Palästina und Transjordanien ernannt worden.

Arthur Grenfell Wauchope wurde 1874 in Edinburgh geboren. 1893 trat er als Leutnant des 4. schottischen Hochlandregiments den Militärdienst an, machte den Burenkrieg mit, wurde bei Magersfontein verwundet und kehrte aus Südafrika mit zwei Orden und zum Kapitän befördert zurück. 1902 bis 1903 war er dem Stab des Oberkommandanten der Kolonie „Kap der Guten Hoffnung" zugeteilt. Bei Ausbruch des Weltkrieges war er Major, machte den Krieg in Frankreich mit, wurde verwundet und zum Oberstleutnant befördert. 1922 wurde er Oberst und im folgenden Jahre als General-Major mit der Uebersee-Kommission nach Australien und Neu-Seeland geschickt. 1924 wurde er Vorsitzender der Britischen Sektion der Interalliierten militärischen Kontrollkommission in Berlin, wo er bis 1927 weilte. Dann kehrte er als Kommandant der 44. Division nach England zurück. 1930 wurde er zum Generalleutnant und Gouverneur von Nord-Irland ernannt.

Die Kommissionen berichten

Wirtschaft — Gesundheitswesen Organisation — Einwanderung

Donnerstag, den 9. Juli 1931.

Vorsitzender Mozkin eröffnet die Sitzung mit einer Erklärung, daß eine seiner Aeußerungen in einer der letzten Sitzungen mißverständlich aufgefaßt worden sei und da er nicht die Absicht gehabt habe, Herrn Mereminski herabzusetzen. Hierauf erhält das Wort Herr Suprasky zu seinem Referat über

Handel und Industrie in Palästina

Die ersten Menschen, die sich für Industrie interessierten, seien mit der 3. Alijah ins Land gekommen. Man begann Versuche zu machen. Die Regierung war gegen die Industrie. Die Zionistische Organisation hat zwar etwas Geld gegeben, aber es verloren, denn es fehlte sowohl ihr als auch den Industriellen an Erfahrung. Erst das Jahr 1924 und die 4. Alijah habe Sachverständige der Industrie nach Erez Israel gebracht und wie aus dem dem Kongreß überreichten Bericht zu ersehen sei, beschäftige die palästinensische Industrie gegenwärtig 12.000 Personen als Arbeiter und Industrielle, d. h. direkt 30.000, indirekt 10.000 Personen, insgesamt den vierten Teil des Jischuw in Erez Israel. Der jährliche Umsatz betrage 2½ Millionen Pfund, wenn man abzieht, was aus dem Auslande importierte Rohstoffe kosten, so bleibt dem Jischuw eine Summe von 1½ Millionen. Eine halbe Million beziehen die Arbeiter als Löhne. Die Existenz der Industrie ist sicher. Trotzdem brauche sie vor allem verständnisvolles Verhalten der Regierung. In Syrien interessiere sich die Regierung durch Zoll- und Kreditmaßnahmen für die Industrie und es bestehe die große Gefahr einer Abwanderung der palästinensischen Industriellen. Palästinaregierung und Zionistische Organisation müßten größere Aufmerksamkeit auch der Gewinnung von Absatzmärkten zuwenden und in die Zollverträge gewisse Paragraphen zum Schutze der Palästinaindustrie bringen. Dies habe man bei den Verträgen mit Persien, der Türkei, Aegypten und dem Irak unterlassen. Wegen großen Mangels an langfristigen Krediten bemühe sich der Industriellenverband schon seit langer Zeit um die Schaffung einer Industriebank. Dieses Problem dürfe nicht aufgeschoben werden. Auch die Frage der Löhne sei wichtig. In Syrien bekomme der Arbeiter die Hälfte dessen was in Palästina gegeben wird. Wenn man Arbeitnehmern und -gebern Existenzmöglichkeiten schaffen wolle, müsse man Hilfswirtschaften in der Nähe der Arbeitsstätten errichten und so eine Senkung des Lohnes herbeiführen. Auch das Handwerk leide an den gleichen Mängeln wie die Industrie und die Beschlüsse des XVI. Kongresses zu seinen Gunsten seinen nicht durchgeführt worden. Die Entwicklung der Industrie störe ferner der Mangel an Kontakt zwischen Arbeitnehmer und -geber. Zu seiner Behebung tritt Suprasky für neutrale Arbeitsbureaus ein, denn gemeinsame Arbeitsbureaus könnten die Lage nicht beeinflussen. Ein Industrieller habe seine Fabrik nach Syrien verlegt, weil ihm 8 Monate im Jahr gestreikt worden sei.

Die Forderungen der Industriellen sind: Eröffnung der Industriebank, Erweiterung der Industrieabteilung der Jewish Agency, Einführung von Exportprämien, Konsolidierung bestehender Industrien durch langfristige Kredite, Schaffung neuer Industriezweige und Propaganda beim Auslandskapital, Wiedererrichtung des Industriedepartements der Regierung, Aenderung des Zoll- und Tarifsystems, Aufruf zu Gunsten von Tozereth Haarez. Die Errichtung einer Eisenbahn zwischen Erez Israel und Indien eröffne die Möglichkeit, Palästina zu einem Industrieland wie Belgien zu machen. Werde man die Forderungen der Industrie nicht erfüllen, bestehe die Gefahr ihrer Abwanderung nach Syrien.

Miß Frankel (Hadassah) erstattet den

Bericht der Gesundheitskommission

In der Berichtsperiode sei das Niveau der Hadassaharbeit nicht gesenkt worden und die Politik, Teile der medizinischen Institutionen in kommunale Verwaltung überzuführen, wurde weitergeführt. Am 1. April 1931 übernahm Tel Awiw das Hadassah-Hospital; die Verhandlungen wegen des Spitales in Haifa seien in Gang. Der Waad Leumi habe es übernommen, sich am Hadassah-Budget bis zu einem Betrage von 3580 Pfund zu beteiligen. Der Waad Habriuth hat ein Minimalbudget von 54.000 Lst. für Hadassah und 7500 Lst. für Kupath Cholim empfohlen. Die Hadassah hat ihr Budget auf 50.500 Pfund herabgesetzt, dieses muß aber voll aufgebracht werden, wenn Schließungen vermieden werden sollen. Sie könne aber nur die Verantwortung für 45.000 Pfund übernehmen und ersuche die Budgetkommission, die Differenz von 5500 in Betracht zu nehmen, da sonst das Spital in Safed oder Haifa gesperrt werden müsse.

Die allgemeinen Ausgaben der Kupath Cholim würden 55.500 Lst. betragen, von denen 7500 als Minimalbeteiligung der Keren Hajessod, 48.083 Lst. als Summe der örtlichen Beteiligung der Mitglieder, Arbeitgeber usw. festgesetzt sind. Der Vertreter der Kupath Cholim erklärte, daß, wenn nicht die 7580 Lst. bewilligt würden, die Einstellung der medizinischen Hilfe an zwei Kategorien, Einwanderer und neue Siedler, eingestellt werden müsse. Trotz der dauernden Bemühungen der Agency sei eine entsprechende Beteiligung der Regierung an den sanitären Institutionen nicht erzielt worden. Die Zahl der Juden im Hospital von Jaffa und Haifa sei nicht angemessen. Hadassah sei mit der Tuberkulose-Liga die einzige Stelle für Tuberkulosebekämpfung. Auch die Kupath Cholim, die eine der Regierung zustehende Verantwortung trage, erhalte ebenfalls keine finanzielle Hilfe.

Die Gesundheitskommission schlägt dem Kongreß schließlich die Annahme einer Reihe von Resolutionen vor, in denen die Uebertragung der Hadassah-Institutionen auf den Jischuw begrüßt und die Jewish Agency zur Führung weiterer Verhandlungen in dieser Richtung aufgefordert wird. Die Knesseth Jisrael wird aufgefordert, den Betrag von 3500 Lst. aufzubringen, damit das Gesundheitswerk nicht gefährdet werde. Es wird festgestellt, daß die Palästinaregierung ihre Pflichten gegen das Gesundheitswerk nicht erfüllt hat und die Verpflichtung der Regierung der jüdischen Institutionen betont.

✣

Die Nachmittagssitzung vom 9. Juli mußte wegen Abwesenheit nahezu sämtlicher Delegierter, die noch in den verschiedenen Kommissionen und Fraktionssitzungen festgehalten waren, gänzlich ausfallen. Präsident Motzkin, der sie um 5 Uhr pünktlich eröffnete, stellte fest, daß nur die Journalisten fast vollzählig erschienen waren und daß ihre Anwesenheit im Kongreß gewiß von höchster Bedeutung sei, aber doch allein für die Verhandlungen nicht ausreiche. Deshalb schloß er die Sitzung sofort wieder und beraumte die nächste Sitzung für den nächsten Vormittag an.

✣

Freitag, den 10. Juli 1931.

Unter merkwürdigem Desinteressement von rechts, was sich durch totale Leere der Sitzreihen der Revisionisten und Misrachisten dokumentierte, wurde in der weiteren Sitzung die auch Wirtschaftsdabatte absolviert. Die Rechte konnte sichtlich diesen „Fragen" keine Aufmerksamkeit widmen, insolange die Proklamationen noch nicht zur Verhandlung gelangt waren.

Vorsitzender Motzkin erteilt das Wort dem Berichterstatter der

Wirtschaftskommission

Naiditsch. Die Aufgabe der Wirtschaftskommission war nicht die Behandlung brennender Finanz- und Wirtschaftsfragen, sondern die Auffindung eines Weges zur Heranziehung des jüdischen Kapitals in Erez Israel, und als Basis der Verhandlungen diente die Broschüre „Ein Programm für die Beschleunigung der Absorptionsfähigkeit Palästinas" von J. B. Brodie, New York. Zur Heranziehung des „kleinen" Kapitals wären Safe-cooperations (Sparkassen) mit Einlagen von 10 Cents bis 10 Dollars zu errichten. Der Mittelstand kann nur durch Orangen- und andere Pflanzungen herangezogen werden, die Dividenden abwerfen. Das „große" Kapital sorgt für sich allein. In Amerika könne man auf dem Wege der Sparkassen Millionen Dollars aufbringen. Für die Ansiedlung des Mittelstandes werde Zusammenarbeit mit der Jca vorgeschlagen, die genügende Sicherheit für die Einlagen von 500 £ biete. Der Pica würde dadurch andererseits ermöglicht, Boden abzustoßen und neue Mittel zu investieren. Der schwierigste Punkt der Kommissionsberatungen sei das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Zionistischer Organisation gewesen. Alle früheren Versuche, eine Uebereinstimmung herbeizuführen, seien daran gescheitert, daß die Zionistische Organisation nicht die Verantwortung für das Privatkapital übernehmen könne, daß sie nicht die Autorität habe, es heranzuziehen und daß sie schließlich nicht imstande sei, es sachgemäß zu beschäftigen und mit Informationen zu versehen. Die politische Hilfe der Exekutive sei nötig, die Kontrolle aber müsse abgelehnt werden. In der realen Arbeit werde sich eine Form finden lassen, das Prinzip der jüdischen Arbeit bei den Unternehmungen der Privatinitiative durchzusetzen. Es müsse ein für allemal festgestellt werden, daß Keren Hajessod und Privatinitiative keine Gegensätze seien, und der Stillstand der nationalen Fonds überhaupt nur durch Organisierung und richtige Ausnützung der Privatinitiative wettgemacht werden könne. Man müsse in jedem Lande die Menschen finden und zusammenschließen, die in ihrem Namen die Unternehmungen in Palästina und ihre Obligationen garantieren.

Die Resolution der Wirtschaftskommission fordert die Gründung von Körperschaften in allen Ländern zum Zwecke der Organisierung und Förderung der Privatinitiative mit dem Aufgabenkreis: Investierung von kleinen Kapitalien in sicheren Anlagen, Förderung der Ansiedlung von kleinen und Mittelkapitalien, Heranziehung von größeren Kapitalien für großindustrielle Unternehmungen, Organisation eines rationellen Informationsdienstes in Palästina und den größeren jüdischen Zentren sowie des Absatzes der palästinensischen Produkte.

Israel D. Brodie (New York) führt in seinem Referat über die

Beschleunigung der Absorptionsfähigkeit Palästinas

aus, in den nächsten fünf Jahren müssen mindestens 100.000 sich selbst erhaltende Juden nach Palästina gebracht werden. Bei Kriegsende habe die jüdische landwirtschaftliche Bevölkerung 12.000 betragen, die von der Industrie abhängige Bevölkerung nur einige tausend. 1929 betrug die jüdische landwirtschaftliche Bevölkerung 38.777, während von der jüdischen Industrie im Jahre 1930 mindestens 33.000 Menschen leben. Die durchschnittliche Investierung für einen ländlichen Siedler war also ungefähr 1500 Dollars, für einen industriell Beschäftigten 666 Dollars. Der Keren Hajessod hat für städtische Kolonisation nur 3.6 Prozent ausgegeben. Trotz dieser geringen Unterstützung und unbeschreiblicher Schwierigkeiten habe die Privatinitiative in Palästina eine beachtenswerte Position errungen. Sie umfasse heute 2688 jüdische Unternehmungen mit 11.300 Beschäftigten, an die 3.1 Millionen $ an Löhnen ausgezahlt werden. Die Kapitalsinvestition beträgt insgesamt 17 Millionen Dollars. 350 verschiedene Arten von Waren werden heute produziert, in einem Gesamt von 10½ Millionen $.

Die Handelsbilanz sei natürlich noch dauernd passiv. Von 1920 bis 1930 betrug der Ueberschuß des Importes über den Export 52 Millionen Pfund. Palästina liege aber zwei Tagereisen entfernt von einem Gebiet mit einer Bevölkerung von 25 Millionen, die industriell nichts produziert. Es sei zweifellos möglich, eine Industrie aufzubauen, die alle diese Märkte versorgt, und zwar durch die Gründung von Gesellschaften unter Beteiligung des Großkapitals und des weiteren durch Heranziehung größerer Gruppen von vielen Kleinkapitalisten. So mache z. B. die Palestine Potash Co., die mit einer halben Million Dollars, die in Palästina ohne laute Werbung begründet worden sei, rasch Fortschritte. Sie habe Ende 1930 mehr als 350 Arbeiter eingestellt und biete die Möglichkeit zur Entwicklung einer chemischen Schwerindustrie. In der Citrus-Industrie betrage die Gesamtfläche der in jüdischen Händen befindlichen jungen Orangenpflanzungen 47.000, die der fruchttragenden Pflanzungen 11.250 Dunam. Der Wert dieser Fläche wird auf ungefähr 4 Millionen Pfund mit einer Totalinvestierung von 750.000 £ geschätzt. 1931 exportierte Palästina 2.6 Millionen Kisten, 1935 wird der Export voraussichtlich 8 bis 10 Millionen Kisten im Werte von 25 bis 30 Millionen $ betragen.

Die landwirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten müßten ohne Unterbrechung ausgenutzt werden. Aber während sie eine wenn auch ferne Begrenzung haben, gebe es für städtische Immigration bei entsprechender Entwicklung von Industrie und Handel keine Grenze. Es gebe in den nächsten fünf Jahren Möglichkeiten, in Palästina 50 Millionen $ vernünftig und sicher zu investieren. Die Mittel müßten sich auf eine Auswahl von „Schlüsselindustrien" konzentrieren, die die ganze Wirtschaft beeinflussen. Die Errichtung einer Hypothekenbank könne nicht länger aufgeschoben werden, denn das Kapital der Palestine Mortgage and Credit Bank sei vollkommen unzulänglich. Redner schlägt ferner die sofortige Gründung von Engeneering and Contracting Corporations vor, da Bauunternehmungen oft wegen unzulänglicher Ausrüstung und nicht genügender Ausbildung des Personals ausländischen Unternehmungen übergeben würden. Neben der Gründung einer Gesellschaft für Industriekredite und der Entwicklung der Heimindustrie, die in den Shani-Werkstätten einen vielversprechenden Anfang habe, müsse auf die Entwicklung von kleinen Citrus-Plantagen aufmerksam gemacht werden. Es gebe eine große Anzahl von Juden, insbesondere in Amerika, die kleine Pflanzungen erwerben wollen. Die Zionistische Organisation Amerikas müsse den Informationsdienst über wirtschaftliche Möglichkeiten in Palästina verbessern und das amerikanische Kapital für Palästina mobilisieren. Dies werde nicht nur finanzielle Bedeutung, sondern auch politische Rückwirkungen haben. Durch Balfour-Deklaration und Mandat sei das Jüdische Nationalheim noch nicht geschaffen, wohl aber sei der neue Plan der amerikanischen Zionisten einer der Wege. Nachdem zum Bericht der Wirtschaftskommission Josef L. Cohen, Leon Levite, Louis Lipsky und Mereminski gesprochen haben, wird die vorgeschlagene Resolution mit einer geringfügigen Aenderung angenommen. Schluß der Sitzung 12 Uhr 50.

✣

In der Sitzung des Kongresses am Samstag, den 11. Juli, nachts referierte Schkolnik über die Arbeit der

Kolonisationskommission

Angenommen wird Antrag 1: „Der Kongreß nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die Palästinaexekutive die ersten Kontrakte mit den Siedlungen im Emek abgeschlossen hat, und ersucht die Exekutive, innerhalb kurzer Zeit die Kontrakte mit allen übrigen Siedlungen abzuschließen."

Angenommen werden u. a. noch folgende Anträge: Der Kongreß nimmt zur Kenntnis, daß das Budget zur endgültigen Konsolidierung aller Siedlungen zirka 262.000 Pfund beträgt, und erklärt diesen Betrag als Schuldverpflichtung der Exekutive gegenüber den Siedlern. Gleichzeitig gibt er der Meinung Ausdruck, daß alle Anstrengungen gemacht werden müssen, um diesen Betrag schnellstens aufzubringen und alle Siedlungen selbsterhaltend zu machen. Der Kongreß begrüßt es, daß die Siedlungen im Nuris-Gebiet und einige Siedlungen im Afule-Gebiete auf weitere Zuschüsse verzichten können, falls sie die letzten Raten der Ansiedlungsanleihe Anfang nächsten Jahres erhalten, und beschließt, die dafür notwendigen Summen in das Budget des nächsten Jahres einzusetzen.

Der Kongreß fordert von der Jewish Agency, die Ansiedlung des Hapoel Hamisrachi in Scheich Abrek zur Ausführung zu bringen und fordert zu diesem Zwecke, daß eine entsprechende Summe in das Budget des nächsten Jahres eingesetzt werde. Der Kongreß fordert von der Jewish Agency die Konsolidierung der Siedlung Kfar Gideon noch in diesem Jahre weiterzuführen, ferner alle technischen Vorbereitungen zur planmäßigen Besiedlung von Wadi El-Chawarith zu treffen und beschließt, zu diesem Zwecke eine entsprechende Summe in das Budget einzusetzen. Der Kongreß begrüßt den von der Jewish Agency zusammen mit einem besonderen Beirat ausgearbeiteten Plan der Mittelstandsansiedlung in Wadi-El-Chawarith und fordert von der Jewish Agency, alle Maßnahmen zur Ausführung dieses Planes zu treffen. Der Kongreß schlägt der Jewish Agency vor, der Genossenschaft Jachim zu ermöglichen, eine Mittelstandsansiedlung auf einer Fläche von 2000 bis 2500 Dunam zu organisieren. Gleichzeitig wird die Exekutive beauftragt, die Ansiedlung von Landarbeitern auf dem Boden von Wadi-El-Chawarith finanziell und wirtschaftlich vorzubereiten. Der Kongreß erklärt, daß der Wiederaufbau der während der Augustunruhen 1929 zerstörten Kolonie Huldah eine feierliche Verpflichtung sei, und beschließt, zu diesem Zweck eine entsprechende Summe in das Budget des nächsten Jahres einzusetzen. Der Kongreß betont erneut die Wichtigkeit der Mädchen-Lehrfarmen und die Verpflichtung, die Konsolidierung der bestehenden Mädchen-Lehrfarmen in Schunath Borochow, Nachlath Jehuda und Petach Tikwah im Verlauf der nächsten zwei Jahre durchzuführen. Der Kongreß fordert die Jewish Agency auf, den Yemeniten die vom XV. Kongreß bestimmten Summen für ihre landwirtschaftlichen u. kolonisatorischen Bedürfnisse wieder zu bewilligen und sofort die Amelioration und die Wasserversorgung in Machaneh Jehuda, Schaarajim und Schiwath Zion zu Ende zu führen, ferner hundert yemenitische Familien auf dem Boden von Wadi-El-Chawarith anzusiedeln. Es wird noch ein Antrag angenommen, in das Programm für Neuansiedlung in erster Linie die Ansiedlung von wenigstens 100 ehemaligen amerikanischen jüdischen Legionären einzuschließen. Der Kongreß übergibt der zukünftigen Leitung den Auftrag, Vorschläge zur Untersuchung von Möglichkeiten zur Wiederherstellung von Hebron zu prüfen.

Zur Frage

Städtische Kolonisation

wurden u. a. folgende Anträge angenommen:

1. Industrie: Der Kongreß beschließt, die Exekutive und die nationalen Fonds aufzufordern, der Industrie angesichts ihrer Erfolge und ihrer Bedeutung als Aufbau-Faktor Palästinas erhöhte Aufmerksamkeit und Förderung zuteil werden zu lassen. Zu diesem Zwecke hält der Kongreß für erforderlich: Schaffung einer Industriebank; Schaffung eines Wirtschaftsrates der Jewish Agency; Förderung des Exportes durch Export-Prämien; Gewährung langfristiger Kredite an Fabriken; Veröffentlichung eines Aufrufes an das jüdische Volk, palästinensische industrielle und landwirtschaftliche Produkte zu kaufen. Gleichzeitig wird die Regierung aufgefordert, ihre Abteilung für Handel und Industrie wieder zu eröffnen; ihre Zollpolitik zugunsten der Industrie zu ändern.

2. Ansiedlung städtischer Arbeiter: Der Kongreß bestätigt die Beschlüsse des XV. und XVI. Kongresses betreffend Aufbau von Schechunath Owdim und stellt mit großer Befriedigung den Fortschritt fest, der im Verlauf der abgelaufenen zwei Jahre im Aufbau städtischer Arbeitersiedlungen gemacht worden ist und durch den mehrere hundert jüdische Arbeiterfamilien in Schechunath Owdim angesiedelt werden konnten. Der Kongreß beauftragt die Exekutive, in Zukunft dieser wichtigen Kolonisationsaufgabe eine stärkere Förderung angedeihen zu lassen.

3. Handwerk: Es soll versucht werden, Gruppen von Handwerkern von Orten, wo sie keine Existenzmöglichkeit haben, an geeignete Orte zu überführen. Gleichzeitig soll ein Teil der Nationalfonds-Böden in der Nähe der Städte und ein Teil des für Ansiedlungszwecke bestimmten Geldes des Keren Hajessod für Handwerker verwendet werden.

Die Berichte der Immigrations- und Organisationskommission folgen auf Seite 4.

Pressestimmen

Jüdische Rundschau: „Der Kongreß empfindet heute wohl schon, daß er sich auf einen Irrweg hat verlocken lassen, und findet keinen Ausweg aus der absurden Ziel-Debatte. Sollen wirklich, so muß er sich fragen, die zehn Tage vergeblich gewesen sein und man ohne Deklaration auseinandergehen? Daß diese „Deklaration" auf beiden Füßen hinken und niemanden befriedigen wird, ist schon heute sehr wahrscheinlich. Aber man darf nicht vergessen, daß diese ganze Ziel-Debatte einen Nebenzweck hatte, der vielleicht der Hauptzweck war, nämlich die Ausschaltung Dr. Weizmanns. Statt durch ein klares Mißtrauensvotum wollte man dies durch die Annahme einer Politik, die von Weizmann nicht gutgeheißen wird, bewirken. Aber durch die leidensvollen Stadien dieser Angelegenheit offenbarten sich allmählich all jene Klippen, die dem Kenner des Terrains von vornherein bekannt sein mußten. Die Ahnungslosigkeit, mit der der Kongreß sich in diese Sache einließ, ist wirklich erstaunlich. Wieder einmal hat das Sentiment über die Vernunft gesiegt. (12. Juli.)

Proklamations-Kampf im Plenum

Sturm-Sitzung — Rev. Vorschlag in der Minderheit — Bedauern über Weizmanns Ita-Interview — Exodus der Revisionisten

In der Nachtsitzung vom 12. zum 13., über die wir noch an anderer Stelle berichten, legte der Berichterstatter der Politischen Kommission Dr. Nahum Goldmann, dem Kongresse zwei Resolutionen vor, die sich mit den

Problemen der Zielsetzung

beschäftigen. Mit Rücksicht darauf, daß dieses Thema viele Spannungen ausgelöst habe, wolle er nur darauf hinweisen, daß die Schwierigkeit der Situation in den Verhandlungen der Kommission und ihrer Subkommissionen nicht das Resultat einer großen Meinungsdifferenz darüber war, was die zionistische Bewegung in Palästina schließlich wolle, sondern daß es sich darum gehandelt habe, für die große jüdische und internationale Welt, die die Stimme dieses Kongresses hört, eine passende Formulierung zu finden. Es sei nicht die Frage des prinzipiellen Wollens in Palästina, sondern die Frage des politischen Taktes und der politischen Raison gewesen, die eine Einigung schwierig gemacht habe.

Nach einer längeren Debatte über die Reihenfolge in der Abstimmung der beiden von der Politischen Kommission vorgeschlagenen Mehrheitsanträge gelangt zuerst das nachstehende

Mißtrauensvotum für Weizmann

mit dem folgenden Wortlaut zur Abstimmung.

„Der Kongreß bedauert die im JTA-Interview gemachten Aeußerungen Dr. Weizmanns und erachtet seine auf die Interpellation erteilte Antwort als unzureichend."

Dieser Antrag wird

mit 123 zu 106 Stimmen angenommen,

nachdem zuvor ein Antrag der Arbeiterparteien, über diesen Antrag zur Tagesordnung zu gehen, der von Arlosoroff begründet wurde, abgelehnt worden war.

Arlosoroff beantragt hierauf namens der Arbeiterfraktion, über sämtliche Anträge zur Endzielformulierung zur Tagesordnung überzugehen. In einem Augenblick, wo die Arbeit in Palästina stillsteht und die finanzielle Lage immer bedrohlicher wird, haben pseudopolitische Strömungen am Kongreß durch die Zuspitzung fiktiver Gegensätze den Kongreß unfruchtbar gemacht. Das Ziel des Zionismus sei klar und bedürfe keiner neuen Interpretation. Man müsse den letzten Versuch machen, den Kongreß vor einer schädlichen und sinnlosen Handlung zu warnen.

Dr. Goldmann spricht gegen diesen Antrag. Bei einer normalen und ruhigen Situation der Bewegung müßte man keine Endziele formulieren. In der gegenwärtigen Situation stelle aber die zionistische Bewegung eine ebenso wichtige Realität dar, wie außenpolitische Faktoren. Eine Diskussion, die seit zwei Jahren andauere und auch auf dem Kongresse sechs Tage ausgefüllt habe, könne man nicht durch Uebergang zur Tagesordnung beenden. Die Resolution der Kommission stelle eine Zurückweisung alles dessen dar, was man die liquidatorischen Tendenzen des Zionismus nenne. Der Antrag auf

Uebergang zur Tagesordnung wird in namentlicher Abstimmung mit 109 zu 122 Stimmen abgelehnt.

M. Großmann ist der Ansicht, daß die Vorgänge auf dieser Sitzung einen Beweis für die Notwendigkeit einer Klärung bringen. Das zionistische Ziel und der Judenstaat wurden zu einer kleinen miserablen Resolution zurechtgeschnitten und mit den gewöhnlichsten Methoden ist versucht worden, den Kongreß selbst von diesem Minimum abzubringen. Man habe um den Begriff Judenstaat eine Atmosphäre von Panik geschaffen. Man müsse dagegen protestieren, wenn der Staatsgedanke als etwas Gefährliches und Schädliches hingestellt werde. Der Zionismus habe nie verheimlicht, daß er zu einem Judenstaat und zur jüdischen Mehrheit strebe, ein Heim ohne Unterdrückung, und man müsse dies ehrlich und offen von der Kongreßtribüne in die Welt sagen.

Es wird beantragt, über die von den Revisionisten vorgeschlagene Endziel-Resolution zur Tagesordnung überzugehen. B. Kazenelson weist in Begründung des Antrages darauf hin, daß die jüdische Arbeiterbewegung die erste gewesen sei, die nach Ugandah, und nachdem alle politischen Wege verschlossen waren, die Last des persönlichen Opfers und der realen Arbeit auf sich genommen habe. Der Jischuw fühle die außenpolitischen Argumente sehr stark und diese Debatte sei von Grund aus schädlich, weil sie nur imstande sei, die Feinde des Zionismus zu mobilisieren. Vor dem Minderheits-Antrag der Revisionisten gelangt die Mehrheitsresolution der Politischen Kommission zur Abstimmung, die folgenden Wortlaut hat:

„Angesichts der wiederholten Versuche, das Wesen des Zionismus zu entstellen, erklärt der XVII. Zionisten-Kongreß: Der Zionismus ist die nationale Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes. Er hält an seinem im Baseler Programm niedergelegten Ziel unerschütterlich fest, in Erez Israel die Lösung der Judenfrage herbeizuführen.

Das heimatlose, landlose, zur Auswanderung drängende Volk will durch seine Wiederverwurzelung in seinem historischen Heimatland auf dem Wege zu einer ununterbrochenen Einwanderung und Ansiedlung seine wirtschaftliche, geistige und politische Not überwinden und in Erez Israel sein mit allen Merkmalen eines normalen Volkslebens ausgestattetes nationales Dasein erneuern.

Der Kongreß weist jeden Versuch, dieses Ziel zu verkleinern, mit Entschiedenheit zurück."

Der Antrag

wird mit 162 Stimmen bei Stimmenenthaltung der übrigen anwesenden Delegierten angenommen.

Ein Amendement-Antrag von Grünbaum, den 3. Absatz zu ergänzen durch die Formulierung „staatliches Dasein", wird mit 60 zu 115 Stimmen abgelehnt. Darauf gelangt der Antrag der Arbeiterfraktion, über den

Resolutionsantrag der Revisionisten

zur Tagesordnung überzugehen, zur Abstimmung. Die Revisionisten beantragen namentliche Abstimmung, die auch durchgeführt wird, und eine Annahme des Antrages, zur Tagesordnung überzugehen, mit 121 zu 58 Stimmen ergibt.

Im Anschluß an diese Abstimmung kam es zu den an anderer Stelle geschilderten Sturmszenen und dem Exodus der Revisionisten. Schluß der Sitzung um 3 Uhr früh.

Um den Kongreß

Die endgültige Zusammensetzung des Kongresses ist die folgende: Allgemeine Zionisten (A und B: 87; Linke: 74; Revisionisten: 50, Misrachi: 36; Radikale: 8; **insgesamt 255 Delegierte.** Außerdem nehmen die Mitglieder des A. C. und zwei Vertreter der russischen Zionisten mit beratender Stimme am Kongreß teil.

Die Rede Stephen Wise's, die in agressivster Weise gegen England gerichtet war, fand dort ein starkes Echo. Wie das „Israelitische Wochenblatt für die Schweiz" mitteilt, nahm der Reuter-Korrespondent, der erfuhr, daß Wise am Freitag reden werde, von Mailand aus ein Flugzeug und traf zehn Minuten vor Beginn der Rede, die er wörtlich nach England telegraphierte, im Kongreßgebäude ein.

Der Direktor der Mandatsabteilung des Völkerbundes Catastini ist in Basel eingetroffen, um an den letzten Sitzungen des Kongresses als Beobachter teilzunehmen. Direktor Catastini wird wahrscheinlich auch der Eröffnungssitzung des Council der Jewish Agency beiwohnen.

Die Presse-Berichterstattung vom Kongresse ist bis auf die wenigen Entgleisungen, auf die wir bereits in der letzten Nummer hingewiesen haben, eine recht gute. Die großen Schweizer Tageszeitungen haben zum Kongresse Sonderberichterstatter entsendet, ebenso auch einige reichsdeutsche Blätter. An erster Stelle muß da die „Frankfurter Zeitung" genannt werden, deren Berichterstattung dem Niveau der F. Z. angepaßt, verläßlich und vorzüglich ist. Auch die übrigen großen deutschen Tageszeitungen, die „Vossische", das „Berliner Tageblatt" u. a. bringen ständig Nachrichten über den Kongreß. Leider steht die tschechoslowakische Tagespresse wie gewöhnlich nicht auf der Höhe, wenn es sich um eine Auslandberichterstattung handelt. Es werden meistens nur sinnlose Brocken aus den Bulletins der diversen Korrespondenz-Bureaus wiedergegeben, die natürlich den Verlauf des Zionistenkongresses ganz verzeichnen. Eine direkte Fälschung des Inhalts der Weizmann-Rede konnte man in den „Lidové Noviny" lesen, die in einer redaktionellen Notiz zu berichten wissen, daß Weizmann die Balfour-Deklaration als den größten historischen Irrtum bezeichnet habe, und darauf dann einen Nekrolog auf den Zionismus aufbauen. Die Arbeit der in Basel anwesenden 200 Presseberichterstatter wird durch das täglich erscheinende Kongreßbulletin, das unter der verläßlichen Leitung von Viktor Zaitschek schon kurz nach Schluß der Sitzungen die vervielfältigten Reden vorlegen kann, besonders erleichtert. Auch der Leiter des Pressebureaus Moses Waldmann steht den Journalisten mit Rat und Tat zur Seite.

Eine große zionistische Kundgebung fand anläßlich des Zionistenkongresses Sonntag, den 12. Juli in Zürich statt. Ueber die gegenwärtige Lage des Zionismus sprachen im großen Saale des Kaufleuten-Gebäudes, wo bekanntlich der letzte Kongreß stattfand, die aus Basel erschienenen Delegierten Arlosoroff, Schemarja Lewin und Wolfsberg.

Ein „Eisernes Buch". Wie die Jta mitteilt, haben die revisionistischen Kongreßdelegierten beschlossen, Meir Großmann, der vom obersten zionistischen Ehrengericht wegen Disziplinbruchs verurteilt wurde, in das „Eiserne Buch" des Tel-Chaj-Fonds einzutragen.

Dr. Fritz Ullmann wurde Mittwoch, den 8. Juli bei einer intimen Feier im Baseler Kongreß-Bureau anläßlich des zehnjährigen Jubiläums seiner Tätigkeit als Majordomus des Kongresses gefeiert. Doktor Ullmann hat vom XII. Kongresse in Karlsbad im Jahre 1921 an bis heute die technische Durchführung sämtlicher Kongresse inne gehabt und stets für einen würdigen, äußeren Rahmen der zionistischen Tagungen gesorgt. Der Feier wohnten die in Basel weilenden Leiter der führenden Kongresse, Vertreter der Exekutive und der andern Kongreß-Ressorts bei. Dr. Ullmann wurde in ebenso herzlicher wie launiger Weise gefeiert.

Eine neue Frauenorganisation. Die anläßlich des Zionistenkongresses in Basel anwesenden revisionistischen Frauen haben sich zusammengeschlossen und mit den Vorbereitungen für die Schaffung einer Weltorganisation revisionistischer Frauen als Konkurrenzunternehmung zur Wizo begonnen.

Berichtigung. In unserer letzten Nummer sollte es im Berichte über die Gründung des Weltverbandes Allgemeiner Zionisten richtig heißen: Zwischen den beiden Gruppen der Allgemeinen Zionisten ist eine Einigung dahin zustandegekommen, daß ein gemeinsamer Weltverband auf der Basis der Treue zum Basler Programm und keines verkleinerten Zionismus geschaffen werden soll.

Sitzung des Administrative Comitee der Jewish Agency

Basel. Am 12. Juli, nachmittags, fand die erste Sitzung des Administrative Committee der Jewish Agency unter dem Vorsitz von Dr. Cyrus Adler statt. An der Sitzung nahmen 35 Mitglieder des Administrative Committee und der Exekutive teil. Der bisherige Vorsitzende des Administrative Committee Felix M. Warburg hatte in einem an die Tagung gerichteten Schreiben seinen endgültigen Rücktritt offiziell mitgeteilt. In seinem Briefe erklärte Warburg, er sei „mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand genötigt, zu ersuchen, daß seine Kandidatur für das bisher von ihm bekleidete Amt nicht in Betracht gezogen werde". In der Sitzung wurde auch ein detailliertes Statement Warburgs über die interne Situation der Jewish Agency verlesen. Der Präsident der Jewish Agency Dr. Weizmann erstattete einen kurzen Bericht über die politische Lage, der Schatzmeister der Palästina-Exekutive der Aengcy Dr. Werner Senator, berichtete über die finanzielle Situation. Schließlich hielt Joseph Hyman ein Referat über die Tätigkeit der amerikanischen Mitglieder des Administrative Committee. Die am Schluß der Sitzung gewählten Komitees, das Budgetkomitee, das Finanzkomitee und das politische Komitee, haben ihre Arbeit am Montag, den 13. Juli, aufgenommen.

Notizen eines Kongreßbesuchers

K. B. Basel, den 9. Juli.

Herzl-Trauerfeier am Sonntag Nachmittag. Referate von Motzkin, Sokolow. Und schließlich — nach langen Jahren zum ersten Male auf einem zionistischen Kongreß — ein Referat aus der Nordau'schen Tradition: „Die Lage der Juden". Hat schon Motzkin vor einem bedenklich gähnenden Hause gesprochen, fällt Grünbaums Rede vollkommen ins Leere. Gestern und vorgestern haben sie von Herzl gesprochen — haben seinen Geist beschwört und sein politisches Programm zitiert, haben seine Aussprüche für die Parteiüberzeugung nutzbar gemacht — heute, da zum erstenmal ein Kongreß auf den Todestag Herzls fällt und man ihm eine wirkliche Ehrung bereitet, bleiben sie fern. Dabei versäumen sie manches, denn Motzkin findet neue starke Worte in der Nachschöpfung der Erlebnisse Herzl für die Generation, die ihn nicht mehr kannte. Aber ein Kongreßdelegierter kennt und weiß alles — er kann im Foyer spazieren gehen.

Forderte nicht übrigens die Opposition auf früheren Kongressen das umfassende Referat über die „Judenlage in der Welt"? War es nicht ein glücklicher Griff, Herzlgedächtnis und diese Rede zusammenzufassen zu einer großen, gemeinsamen Rück- und Umschau? Die Kongreßparteien haben kein Verständnis dafür. Nur ein Teil der Gäste säumte in schmalem Streif die Galerie.

*

Nach Abschluß des Zionistenkongresses wird in Basel nicht nur die 2. Council-Tagung der Jewish Agency beginnen, sondern auch ein internationaler Rattenvertilgungskongreß. Basel ist eine Stadt, die Buntheit liebt — an den Fensterläden, an den Fassaden der Bauwerke, an den Verzierungen der Brunnen und an den — Kongressen.

*

Ein interessantes Kapitel bei diesem Kongreß ist für uns Tschechoslowaken: 1. der außerordentlich starke Anteil der Tschechoslowakei am Bild des Kongresses, durch ihre 11 Delegierten, dadurch, daß die führenden und durchführenden Beamten des Kongresses fast ausschließlich Tschechoslowaken sind und daß die Schar der Gäste — insbesondere der Jugendlichen — aus unserem Lande nicht gering ist. (Nebenbei sei bemerkt, daß selbst ein Tschechojude lautere Freude hätte an den tschechischen Begrüßungen und Gesprächen, die durch das Foyer der Mustermesse schwirren.) Ein interessantes Kapitel ist 2. die tschechoslowakische Presse. Da wäre vor allem einmal das offizielle tschechoslowakische Korrespondenzbureau, die ČTK. — Sie steht jüdischen Ereignissen auch sonst mit besonderer Verständnislosigkeit gegenüber, aber die mageren Berichte, die sie diesmal gebracht hat, mit den zahllosen Verstümmelungen (Rufeisen wurden auf dem Wege über ČTK. zu einem Hufeisen), Un- und Mißverständnissen, überbietet selbst das Maß der bei der ČTK. üblichen Nonchalance in der Behandlung jüdischer Ereignisse. Noch das letzte schweizerische Blättchen hat sich mehr Mühe mit seiner Berichterstattung genommen und anderseits haben große Agenturen — u. a. Reuter — und große Tageszeitungen es nicht gescheut, Sonderberichterstatter nach Basel zu senden, während das tschechoslow. Telegraphenbureau Berichte bringt, die aussehen, als wären sie aus vierter Hand. Ausgeschwiegen hat sich für den Kongreßanfang auch die „Prager Presse". Dann hat sie sich am 7. Juli aufgerafft und einen Bericht unter dem Titel „Vor der Berner Zionistentagung" und von Bern datiert gebracht, der mitten im Kongreß anfängt, bei Dr. Rufeisens Debattenrede, ohne Einleitung, ohne Uebergang. Wir wünschen dem Nachtredakteur auch weiter, wohl zu schlafen. Man kann schließlich von der offiziellen Regierungszeitung nicht verlangen, daß sie weiß, wo und daß ein Zionistenkongreß stattfindet . . . Natürlich hat auch eine Reihe von großen Blättern in unserem Staate in sachlicher und pünktlicher Berichterstattung der Bedeutung des Kongresses Rechnung getragen, dessen Ergebnissen an 400.000 Juden unseres Staates entgegensehen. Aber eine Sichtung des Materiales zeigt, daß für die Landesorganisationen eine wichtige Aufgabe in den Kongreßperioden besteht: Die Beziehungen zur Presse anzuknüpfen, aufrechtzuerhalten und auszubauen. Da eröffnet sich, wie die Tatsachen beweisen, bei uns weites Feld.

Streiflichter

S. P. Basel, den 13. Juli.

Wir kennen Weizmanns Schlußreden am Ende der Generaldebatten. Sie richteten, nachdem im Verlaufe der Debatte Klage auf Klage die Gemüter herabgedrückt hatten — obzwar sie teils wie eine kalte Douche auf phantastische Träume wirkten — die gesenkten Häupter wieder auf. Sie boten eine generelle periodische Abrechnung mit unverantwortlicher Negation die sich in der Debatte und während der vorangegangenen Kongreßkämpfe im Wortschwalle ausgetobt, mitunter auch in Gegenaktionen Luft gemacht hatte. Zum Schluß pflegte seine Rede in einen visionären Ausblick zu gipfeln, die dem Führer wieder die Herzen aller sichere.

In einer gänzlich geänderten Atmosphäre, auch unter weit schwierigeren Bedingungen als bei allen früheren Nachkriegskongressen, hielt Weizmann diesmal seine Schlußrede. Mehr denn je war er angegriffen worden; doch auch unvergleichlich mehr als sonst hatte er selbst in die Schranken zu weisen, abzuwehren, zu zerstreuen, zurückzuschleudern. Aber auch noch nie war man so ungerecht zu einem Führer gewesen wie gerade an diesem XVII. Kongresse. Und er hätte parieren können; übertrifft er doch an Meisterschaft der Polemik alle anderen. Und schließlich hat er auch persönlich nichts zu verlieren . . . Nun zeigte sich aber auch hier in vollem Umfange die wahrhafte Größe dieses Mannes! Er hatte schon vorher seine ganze Popularität aufs Spiel gesetzt, als er das bekannte, durch eine auf dem Kongresse wunderbar organisierte Hetze ausgeschrotete Interview gab. Nur ganz schlicht kommentierte er am Abend vor seinem Schlußwort den wahren Sinn dieses entstellt wiedergegebenen Gespräches von der Tribüne aus. Nur wenige konnte er in dieser Siedehitze durch seine einfachen Darlegungen überzeugen. Aber er griff dennoch nicht zur Ueberzeugungs-Rethyorik, weil er, statt etwa die Wahrung seines Prestiges momentan irgendwie versuchen zu wollen, lieber seine unverblümte Antwort auf eine Schicksalsfrage des Zionismus rückhaltslos verkünden wollte.

Bei der Schlußrede hielt er andererseits jedoch mit Gegenklagen zurück und zog es vor die mit allen möglichen Explosivstoffen gefüllte Atmosphäre des Kongresses nicht noch mehr aufzuputschen, niemandem etwas heimzuzahlen, aber auch nicht durch Unterstreichung zurückweisender, der Sache schädlichen

Immigration und Organisation

In der Sitzung am Sontag, den 12. Juli, 15 Uhr 15, spricht J. Dobkin zum Bericht der

Immigrations-Kommission,

die sich nach den Ausführungen Dobkins vor allem mit der Beziehung der Mandatarmacht zur Immigrationsfrage befaßte. In den letzten zwei Jahren seien der jüdischen Einwanderung weitere Hindernisse in den Weg gelegt worden. Die Regierung hat die Vorschläge und Forderungen der Agency nicht berücksichtigt, und von den innerhalb zweier Jahre angeforderten 12.500 Zertifikaten nur 5200 bestätigt, von diesen aber der Exekutive der Agency effektiv aber nur 4000 zur Verfügung gestellt. Außerdem wurde der Agency das Recht genommen, die Zertifikate frei zu verwenden. Für die Arbeiter- und Chaluz-Alijah bestimmte Zertifikate wurden anderen Einwanderer-Kategorien zugewiesen und ein wesentlicher Teil der Zertifikate wurde überhaupt zurückgehalten. Die Praxis steht in Gegensatz zur Gesetzgebung und zu Geist und Instruktionen des Mandates. Die Kommission habe den Hauptgrundsatz aufgestellt, daß die Leitung und Verantwortung der Alijah der Exekutive der Agency übertragen werden muß. Sie habe sich auch mit den die Arbeiter-Immigration schwer belastenden Einwanderungs-Gebühren befaßt. Schließlich wurde die Frage der Zusammensetzung der Palästina-Aemter und die Organisierung des Arbeits-Departements behandelt.

Mereminski spricht im Auftrage der Kommission zur Frage der

Einwanderungs-Gesetze.

Die gegenwärtige Gesetzgebung sei auf Prinzipien aufgebaut, die sich gegen die jüdische Einwanderung richten und beschränke die Immigration bemittelter u. unbemittelter Schichten. Selbst das Recht religiöser Juden zum Besuche der religiösen Stätten Palästinas werde eingeschränkt, was sonst bei keiner anderen Religion der Fall ist. Das Zertifikations-System dieser Einwanderung sei ein Schlüssel, die Tore Palästinas zu versperren. Die Beschränkungen in der Praxis sind in den letzten zwei Jahren hart gewachsen. Man habe die Einwanderung abgeschnitten, als im Jahre 1930 der Zufluß am den Höhepunkt seiner wirtschaftlichen Entwicklung stand. Als infolge dieser Maßnahme der Zufluß an nationalem und privatem Kapital geschwächt wurde, habe man die Einwanderungssperre wirtschaftlich motiviert. Redner wendet sich schließlich gegen die unbeschränkten Rechte der Einwanderungsbeamten, deren Willkür man ein Ende bereiten müsse.

Bei der Abstimmung der Resolution über Immigration werden zwei Resolutionen bis zur Stellungnahme der Politischen Kommission zurückgestellt. Der Kongreß nimmt dann eine Reihe von Resolutionen an, in denen gegen die Einschränkung der Chaluz-Immigration protestiert wird und fordert die Exekutive der Zionistischen Agency auf, den vollen Umfang dieser Immigration zu sichern. Ebenso wird beschlossen, der Immigration des Mittelstandes Aufmerksamkeit zuzuwenden und bei den Palästinaämtern einen Informationsdienst über Mittelstands-Kolonisation zu organisieren. Der Einwanderung von Elementen aus Rußland und Yemen muß besonderer Platz eingeräumt werden, und der Kongreß wiederholt den Beschluß des vorhergehenden Kongresses über den notwendigen Ausbau des Palästina-Amtes in Aden und der Förderung der landwirtschaftlichen Hachscharah bei neueintretenden Immigranten. Der Kongreß protestiert gegen die gegen Juden gerichteten Ausweisungsbefehle der Palästina-Regierung. Es wird beschlossen, es wird betont, daß das Budget für Hachscharah ein Vorzugsrecht innerhalb des Immigrations-Budgets habe und daß die chaluzische Erziehung und die Hachscharah-Tätigkeit unvermindert fortzuführen sei.

Zusammensetzung der Palästina-Aemter: Zu dieser Frage liegen dem Kongreß vier Anträge vor. Zur Begründung des Mehrheitsantrages der Kommission führt A. Propes aus, daß vor einigen Jahren die Chaluz-Organisationen die einzigen waren, die die jüdische Jugend für Palästina vorbereiteten, während in der letzten Zeit auch andere zionistische Jugend-Organisationen, z. B. Brith Trumpeldor- und Misrachi-Jugend an dieser Arbeit teilgenommen haben. Deshalb wird eine Aenderung in der Zusammensetzung der Palästina-Aemter erfolgen, die dem gegenwärtigen Zustand in der Zionistischen Organisation entspricht. Hachscharah und Alijah seien Arbeitsgebiete, für die nicht die einzelnen zionistischen Jugend-Organisationen, sondern die Zionistische Weltorganisation verantwortlich ist und der gerechte Schlüssel ist die Stimmenzahl, die jede Partei bei den Kongreß-Wahlen erhalten hat.

Dobkin wendet sich gegen diesen Vorschlag, da die Palästina-Aemter praktische Fragen zu behandeln haben, bei denen in erster Linie die Chaluzim das Wort gehört. Er schlägt vor, die eine Hälfte der Palästina-Aemter nach der Stärke der politischen Parteien am Kongreß, die zweite Hälfte durch die bestehenden Chaluz-Organisationen zu besetzen.

Präsident Motzkin teilt mit, daß soeben das Administrative Committee der Jewish Agency zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten sei.

Dr. J. Schwarzbart ist gegen die Anwendung eines mechanischen Schlüssels und tritt für eine Parität in den Palästina-Aemtern ein, da die Chaluz-Bewegung der Allgemeinen Zionisten bisher benachteiligt worden ist.

Der Antrag Mereminskis über den Mehrheitsantrag der Kommission zur Tagesordnung überzugehen, wird mit 84 gegen 111 Stimmen abgelehnt, der Antrag der Kommission angenommen.

In der Frage der Wiedererrichtung der bei den Palästina-Aemtern bestehenden Arbeitsämter kommt es zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen Revisionisten und Linken. Schließlich wird, nachdem die Abstimmung wiederholt wurde, der Antrag abgelehnt, die Arbeitsämter wieder zu errichten.

Im weiteren Verlauf der Sitzung werden zwei Anträge angenommen, die sich auf die Immigrationspolitik der Palästina-Regierung beziehen. Es wird gegen die faktische Unterbrechung der Einwanderung aus politischen Gründen Protest erhoben sowie gegen die Einführung von Beschränkungen in Bezug auf Alter, Geschlecht und Kategorie der Immigranten und des Rechtes der Juden Palästinas, ihre Familien-Angehörigen sich ins Land nachkommen zu lassen. Weiter wird protestiert gegen die Verwendung von Arbeiter-Zertifikaten für Touristen, die bereits Ansiedlungs-Erlaubnis erhalten haben, und gegen die Uebergehung der Vorschläge von Seiten der Jewish Agency. In einer zweiten Resolution fordert der Kongreß die Abschaffung der die jüdische Immigration schwer belastenden Steuern. Der Kongreß nimmt ferner eine Resolution an, in welcher die Grundsätze eines neuen Immigrations-Statutes festgelegt werden, und übergibt weitere 6 Anträge der Immigrations-Kommission, die dem Kongreß zur Information unterbreitet wurden, der Zionistischen Exekutive. Schluß der Sitzung 17 Uhr 45.

✣

In der Nachmittagssitzung erstattet Dr. Aron Barth den Bericht der

Organisations-Kommission.

Der Berichterstatter führt aus, daß die Kommission den Versuch gemacht habe, einige der notwendigen Aenderungen durchzuführen, die in der Organisation dringend sind. Die zwei schwierigsten Fragen seien das Problem des unmittelbaren Kontaktes der Zionistischen Exekutive mit den Zionisten der einzelnen Länder und die Frage des Schekel-Systems, bzw. nach der Möglichkeit, den Schekel durch etwas anderes zu ersetzen. Das Referat Rosenblüth habe die Kommission eingehend beschäftigt.

Die Resolution, Organisation und Propaganda in den Vordergrund der Arbeit der Zionistischen Exekutive zu rücken, wird einstimmig angenommen.

Dr. Barth: Für die Frage der Organisation und Propaganda werde vorgeschlagen, der Exekutive eine Kommission beizugeben, die von der Exekutive nach Fühlungnahme mit den Verbänden eingesetzt und in ihrer Zusammensetzung vom AC. bestätigt werden soll.

Dieser Antrag wird angenommen.

Dr. Barth: Hinsichtlich des Schekels beantragte die Exekutive, das Wahlrecht zum Kongreß an den Besitz der Schekalim beider Jahre zu binden. Die Exekutive hat hinzugefügt, daß im kongreßlosen Jahr nicht gelöste Schekel im Kongreßjahr nachgezahlt werden können.

Zur Begründung eines Minderheits-Antrages sprechen Dr. Stubb und M. Deustadt. Das Minderheitsvotum über den zweijährigen Schekel wird nach einer Debatte (Joachim Neiger, Hellmann, Berger) abgelehnt und der Antrag der Kommission angenommen, daß in Ländern, in denen es die Exekutive für durchführbar hält, im kongreßlosen Jahr der Schekel zugleich mit dem Schekel des Kongreßjahres entrichtet werden kann.

Dr. Barth: begründet den Antrag der Kommission, die Schekelquote, die zur Entsendung eines Delegierten berechtigt, mit 3000 per Kongreßperiode festzusetzen mit Ausnahme, daß Länder mit mindestens 1500 Schekalim zur Wahl eines Delegierten berechtigt sind und daß die für Palästina bestehende Prärogative auf die doppelte Zahl von Delegierten aufrecht erhalten bleibt. Bei der Behandlung der Minderheitenanträge auf Abschaffung der Prärogative bzw. Wahlrecht für alle Mitglieder der Knesseth Jisrael, die das zionistische Programm durch schriftliche Erklärung anerkennen, entwickelt sich eine lebhafte Auseinandersetzung, an der sich Dr. Hoffmann, Mossinsohn, Jabotinsky und Dr. Barth beteiligen. Die Minderheitsanträge werden abgelehnt. Bei der Abstimmung über die Schekelquote der kleinen Länder sowie über den Kommissionsantrag zur Novellierung des Wahlrechtes erfolgt nach kurzer Besprechung des Minderheitenvotums Annahme. Eine lebhafte Debatte entwickelt sich über die Frage der Zusammensetzung der Hauptwahl-Kommission. Der Antrag von Rabbi Halpern, daß in Landesschekelverbänden, wo mehr als zwei zionistische Gruppen existieren, keine Gruppe das Recht hat, mehr als 40 Prozent der Mitglieder der Hauptwahlkommission zu bilden, wird angenommen. Ebenso nimmt der Kongreß einen Antrag an, der mit Befriedigung feststellt, daß zwischen der Exekutive und dem Zentralkomitee der jüdischen Beamtenorganisation in Palästina Verhandlungen bezüglich eines Arbeitsreglements eingeleitet wurden.

Dr. Barth teilt ferner mit, daß die Subkommission, die von der Organisationskommission zur Behandlung der Frage der Jewish Agency eingesetzt wurde, dem Kongreß keine Anträge vorlegt, mit Ausnahme des Minderheitsvotums der Revisionisten, das Abkommen mit der Jewish Agency zu kündigen. Doktor Barth gibt einen ausführlichen Bericht über den Gang der Verhandlungen in der Kommission.

Revison. Antrag auf Kündigung des Agency-Vertrages abgelehnt

Hierauf begründet Delegierter Jabotinsky den Minderheitsantrag der Revisionisten. Der Antrag sei gestellt zur Wahrung der politischen Prärogative der Zionistischen Organisation als der einzigen Trägerin des zionistischen Ideals. Konsequenzen hinsichtlich der ökonomischen Kooperation mit den Nichtzionisten zu ziehen, sei verfrüht, und die Revisionisten seien bereit, alle Formen der ökonomischen Mitarbeit zu unterstützen. Verhandlungen über Anleihen, landwirtschaftliche Tätigkeit, mit Behörden oder Regierungen sind aber politische Tätigkeit.

Der Antrag der Revisionisten auf Kündigung der Verträge mit der Jewish Agency wird mit 121 gegen 48 abgelehnt.

Aeußerungen, diese etwa noch mehr zu popularisieren. Und trotzdem gelang es ihm, in der Debatte gegen ihn und die Leitung vorgebrachten Vorwürfe fast restlos zurückzuweisen.

Was war zu tun gewesen, das die Exekutive unterlassen hätte? Was tat sie ohne volle Zustimmung des A.C. und später, im erweiterten Rahmen der Politischen Kommission? Sollte etwa die von MacDonald ergangene Einladung zur Schlichtung der Beziehungen zurückgewiesen werden? Und konnte man etwa das Argument als Resultat wochenlanger Arbeit einer Kabinettkommission in einer Zeit, in welcher das Empire andere nicht geringfügige Sorgen hatte, etwa unbeantwortet lassen? Alle Kritik wird mit dem einen Worte abgetan, daß ja zu allem vorerst die volle Zustimmung, man kann von einer einhelligen sprechen, der politischen Kommission gegeben wurde. Ja, wir erfahren es jetzt sogar, daß von Amerika trotz der passiven Resistenz ebenfalls zugestimmt wurde. Der MacDonald-Brief involviert keinesfalls die Festlegung auf eine Konstitution in Erez-Israel, da Weizmann vorher der Round-Table-Konferenz vorschlug, von welcher allein eine einverständliche Verfassung abhängig wäre. Wenn Weizmann in dieser Rede äußerst bestrebt war, niemand seine Kritik vorzuhalten, so fand er sich doch bemüßigt, Stephen Wises Schärfe als nicht zweckdienlich zu bezeichnen. Großmütig gegen seinen Widerpartner, sichtlich aber mehr um der Sache willen, verwies sodann Weizmann auf die Hilfe, die Wise während des Krieges England angedeihen ließ und bemerkte, daß nur eine schlechte Politik Englands solche Freunde sich zu verscherzen geeignet ist.

Kürzer als sonst war diese Schlußrede des Führers, in einer tragischen Phase des Ueberganges, von der er in eine andere, bessere hinüberzeigte, die aber nur durch unermüdlich disziplinierte Arbeit zu erreichen ist. Spärlicher Beifall löste diese Rede aus; eine spätere Geschichtsschreibung wird jedoch zweifelsohne dieser Märtyrer-Gestalt die goldene Krone aufsetzen.

Nahum Sokolow

Nahum Sokolow wurde am 5. Sch'wat 5621 (1861) in Wyszograd bei Plock (Polen) geboren. Er widmete sich frühzeitig schriftstellerischer Tätigkeit und trat 1884 in die Redaktion der Warschauer hebräischen Zeitung „Hazefira" ein, deren Leitung er bald darauf ganz übernahm. Sokolow wurde hier der eigentliche Begründer der modernen hebräischen Journalistik. Der zionistischen Bewegung schloß sich Nahum Sokolow bald nach dem Auftreten Herzls an. Er gehörte auch bereits zu den Teilnehmern am ersten Zionistenkongreß. Nach Herzls Tode wurde er 1905 Generalsekretär der Zionistischen Organisation in Köln unter David Wolffsohns Führung und redigierte dort einige Zeit das zionistische Zentralorgan „Die Welt" sowie das von ihm begründete hebräische Zentralorgan der Zionistischen Organisation, den „Haolam". 1909 begleitete er David Wolffsohn in einer politischen Mission nach Konstantinopel. Seitdem trat er innerhalb der zionistischen Bewegung und Organisation auf dem Gebiete der Politik, der Propaganda und der Kulturarbeit immer mehr in den Vordergrund und wurde auf dem X. Zionistenkongreß in Basel 1911 zusammen mit Prof. Otto Warburg, Dr. Schmarjahu Levin und Dr. Arthur Hantke in das Engere Aktions-Komitee der Zionistischen Organisation gewählt. Er siedelte damals nach Berlin über und blieb hier als Mitglied der Leitung der Zionistischen Organisation bis zum Beginn des Weltkriegs. Während dessen Verlauf verlegte Sokolow seinen Wohnsitz von Berlin nach London, wo er fortan gemeinsam mit Dr. Weizmann und Dr. Tschlenow eine großzügige politische Tätigkeit für die Einbeziehung der zionistischen Palästinaforderungen in die englische Politik entfaltete und so an der Erlangung der Balfour-Deklaration mitwirkte. Seit dieser Zeit ist Nahum Sokolow an allen politischen Aktionen des Zionismus führend beteiligt. Er verhandelte während des Weltkrieges mit vielen führenden politischen Persönlichkeiten Europas über die Fragen des Zionismus, und es gelang ihm, bei den Regierungen Frankreichs und Italiens die Zustimmung zur Balfour-Deklaration zu erlangen. Sokolow hat ferner wiederholte Verhandlungen mit dem Vatikan geführt und wurde 1917 vom Papste Benedikt XV. empfangen, dem er die Ziele der zionistischen Bewegung darlegte. Während der Friedensverhandlungen in Versailles wurde Sokolow Präsident des Comité des Délégations Juives und wirkte bei der Anerkennung der jüdischen Minderheitsrechte in den verschiedenen Friedensverträgen mit. Ebenso ist die Zustimmung des amerikanischen Parlaments zur Gründung einer jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina sowie die wiederholten Sympathieerklärungen vieler Regierungen, darunter der von Polen, Rumänien und Südafrika, für die Politik des Zionismus auf Sokolows politische Tätigkeit zurückzuführen. Auf der Londoner Jahreskonferenz im Jahre 1920 sowie auf den ihr folgenden Zionistenkongressen wurde Sokolow zum Präsidenten der Zionistischen Exekutive, bei der Gründung der erweiterten Jewish Agency im Jahre 1929 auch in deren Exekutive gewählt und im September 1930 vom Administrative Committee der Jewish Agency zu deren Ehren-Vizepräsident ernannt. Er ist ferner seit 1921 Präsident aller Zionistenkongresse gewesen.

Sein Charakteristikum ist: Eine fabelhafte Beherrschung aller jener Mittel, deren sich der Geist bedient, um sich im Leben zu realisieren; und das ist vor allem Ausdruck von Gedanken und Verbindung von Gedanken; das erste besorgt die Sprache, das zweite die Assoziationsfähigkeit. Und diese beiden Elemente sind es auch, welche zu den besonderen Begabungen des jüdischen Volkes gehören und welche gerade in Sokolow zu einer einzigartigen Vollendung gelang sind.

Sokolow beherrscht eine ganze Anzahl von Sprachen, er beherrscht sie in souveräner Weise; und dieses sein Talent war es, das ihn zu einem Mitschöpfer der neuen hebräischen Sprache gemacht hat, zu einem unserer bedeutendsten Schriftsteller und zu einem unserer klügsten Diplomaten. Seine Assoziationsfähigkeit hat ihn zu einem unserer geistreichsten und lebendigsten Redner, zu einem unserer besten Journalisten und zum erfolgreichen Politiker gemacht, der wie wohl kaum ein zweiter aus psychologischer Fähigkeit heraus den richtigen Weg zum Verstand und zum Herzen seiner politischen Partner findet. Denn eine reiche Assoziationsfähigkeit bedeutet einen großen geistigen und menschlichen Horizont; dieser ist eine der ersten Voraussetzungen für die Gabe der Einfühlung und diese wiederum befähigt am meisten zu erfolgreichen politischen Verhandlungen.

Die Budgetlage der Jewish Agency

Basel. Im Zusammenhang mit den Nachrichten der JTA. über ein Defizit der Jewish Agency im Betrage von 800.000 Pfund stellt der Treasurer der J. A., Herr Dr. Werner Senator, nachstehendes fest: Die Gesamtverpflichtungen der Jewish Agency und des Keren Hajessod betragen zirka 700.000 Pfund. Ich wähle absichtlich den Ausdruck Verpflichtungen, da die Bezeichnung Defizit irreführend ist und den Eindruck erwecken könnte, daß die Schuldenlast der J. A. und des K. H. den obengenannten Betrag erreicht hätte. In der Summe von 700.000 Pfund sind Beträge von zirka 300.000 Pfund für zukünftige ökonomische Investements und gewisse Landkäufe enthalten. Ein beträchtlicher Teil der restlichen Verpflichtungen ist langfristiger Natur, insbesondere die Verpflichtungen an einzelne führende Persönlichkeiten der J. A.

Die Rückzahlungsverpflichtungen der J. A. und des K. H. für alle anderen in Anspruch genommenen Kredite belaufen sich auf zirka 300.000 Pfund. Dem steht gegenüber ein Aktivum von Außenstehenden an Anleihen an Handel und Industrie, an eine Reihe von Institutionen und vor allem die sehr bedeutenden Investitionen in unseren landwirtschaftlichen Siedlungen. Der Wert dieser Aktiva übersteigt mit über 800.000 Pfund weit unsere Gesamtverbindlichkeiten im oben erwähnten Sinne. Selbstverständlich erfordert der Ausbau der Siedlungen, die ja permanente Investements und nicht momentan liquide Assets darstellen, und die Weiterführung unserer Arbeit große Mittel, und es ist kein Geheimnis, daß wir uns infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise und insbesondere auch wegen der Lage in Amerika in einer schwierigen Situation befinden, um unsere Ausgaben unseren Einnahmen anzupassen. Wir hoffen, daß wir, wie in früheren Jahren, durch die Opferwilligkeit des jüdischen Volkes die augenblickliche schwierige Situation überwinden werden.

Weizmann und die Verkündung des Landentwicklungsplans

In einer der jüdischen Telegraphen-Agentur übergebenen Erklärung dementiert Dr. Weizmann die aus London stammende Meldung, daß die Zurückstellung der Verkündung des Landentwicklungsplans für Palästina auf eine Intervention seinerseits beim Kolonialamt zurückzuführen sei. Ich habe niemals, erklärte Dr. Weizmann, in dieser Richtung interveniert, weder ich noch irgend eine mir nahe stehende Person haben etwas mit dieser Zurückstellung zu tun.

Konstituierung des Weltverbandes Allgemeiner Zionisten

Unter dem Vorsitz von Dr. Schwarzbarth und in Anwesenheit von Vertretern aus 26 Ländern hat sich der Weltverband Allgemeiner Zionisten nach einem Referat von Dr. Mossinsohn konstituiert. Zum Präsidenten des Verbandes und der Leitung wurde Doktor Schwarzbarth, Krakau, gewählt. Schließlich wurde ein Zentralrat gewählt, der sich aus den Vertretern der Allgemeinen Zionisten in der Jerusalemer und Londoner Exekutive und im A.-C., sowie aus je einem Vertreter der 36 Landesverbände zusammensetzt.

Großmann wegen Disziplinbruchs verurteilt

Vom Vertrauensbruch freigesprochen.

Basel. In einem der größten Säle des Kongreßgebäudes fand die öffentliche Verhandlung des Kongreßgerichtes als Disziplinargericht gegen den Vizepräsidenten der revisionistischen Weltunion Meer Großmann, der von der zionistischen Exekutive erstens des Vertrauensbruches, begangen durch Mißbrauch eines offiziellen Dokuments, und zweitens des Bruchs der Parteidisziplin angeklagt worden war, statt. Im Hinblick darauf, daß es sich bei diesem Verfahren um Vorgänge hinter den Kulissen der Veröffentlichung des Weißbuches handelte, stand die Verhandlung im Mittelpunkt des Interesses der Delegierten und Gäste des Zionistenkongresses. Als Richter fungierte Doktor Aron Barth, als Ankläger Dr. Felix Rosenblüth, als Verteidiger traten Wladimir Jabotinsky und Richard Lichtheim auf. Dr. Weizmann wurde als Zeuge einvernommen. Nach sechsstündiger Verhandlung wurde das Verfahren geschlossen. Die Urteilsverkündigung erfolgte am folgenden Tage. Das Urteil des Kongreßgerichts spricht Großmann von der Anklage wegen Vertrauensbruchs frei. Dagegen wurde ihm wegen Disziplinbruchs ein Verweis erteilt und er außerdem zur Tragung eines Teils der Verhandlungskosten verurteilt. In der Begründung wird ausgeführt, es hätten ihm selbstsüchtige Motive fern gelegen. Als erschwerend habe das Gericht angenommen, daß Großmann die Einheitsfront durchbrochen habe, deren Aufrechterhaltung gerade auf außenpolitischem Gebiet und vor allem in London besonders notwendig sei.

Wegen der unklaren Situation am Kongreß mußte diese Nummer einen Tag später als angekündigt erscheinen.

Verarmung der deutschen Juden

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Der vergangene Winter war für die deutschen Juden besonders schwer. Nicht mehr einzelne sind es, die Not leiden, ganze Bevölkerungsschichten sind in Verhältnisse geraten, die dringend Hilfe heischen. Die heftige Diskussion, ob diese Not ihre Gründe in der allgemeinen deutschen Wirtschaftskrise habe oder spezifisch jüdische Wirtschaftsnot sei, ist über Nacht verstummt. In allen Lagern ist man sich darüber einig, daß die jüdische Bevölkerung ihrer eigenartigen anormalen Wirtschaftsstruktur zufolge den Auswirkungen der Krise in weit erheblicherem Maße ausgesetzt ist, als die nichtjüdische. Während noch von nicht allzulanger Zeit von berufener deutscher Seite erklärt wurde, wir hätten es mit einer reinen Konjunkturkrise zu tun — die Konjunktur müsse sich über kurz oder lang heben und die sieben fetten Jahre würden wiederkommen, woran allerdings schon damals niemand mehr glaubte — weiß heute jedermann, daß die deutsche Wirtschaft — und nicht nur sie — eine ausgesprochene Strukturkrise durchmacht. Wir erleben ihren Uebergang vom freien individualistischen zum gebundenen kollektivistischen System.

Wer auch nur einigermaßen mit der Wirtschaftsstruktur der deutschen Juden vertraut ist, dem braucht nach diesen Vorausschickungen nicht mehr gesagt zu werden, was das Wesen der jüdischen Wirtschaftsnot ist. Denn gerade die Juden sind es, die — nicht nur in Deutschland — geradezu verbissen an der individualistischen Form der Wirtschaft und des wirtschaftlichen Denkens festhalten. War es doch der Liberalismus des halben Jahrhunderts vor dem Weltkrieg, dem die deutschen Juden ihren hervorragenden Aufstieg vor allem im Getreidehandel, der Textilindustrie und Konfektion, dem Metallhandel und dem Bankwesen verdanken. Nun sind es gerade diese Gebiete, auf denen sich die neuen kollektivistischen Tendenzen am stärksten auswirken. Ständiges Ausbreiten und Anwachsen von Kartellen, Konzernen, Trusts und Genossenschaften, Hand in Hand damit die erdrückende Konzentration des Kapitals in Industrie und Handel (Warenhäuser) schalten bewußt den freien Wettbewerb des individuell bewirtschafteten Kapitals aus. Wenn man bedenkt, daß fast die Hälfte aller erwerbstätigen Juden Deutschlands selbständig ist — und das heißt nicht selbständige Großunternehmer, sondern kleine und mittlere Kaufleute, daß ein weiteres Drittel Angestellte sind, die dazu noch von einer antisemitischen, respektive aus Furcht vor den Antisemiten grassierenden Judenverdrängung besonders grausam betroffen sind, so muß man die schwersten Befürchtungen für die wirtschaftliche Zukunft der deutschen Juden hegen.

Zwar sind die Juden auch in den neuen Wirtschaftsgebilden vertreten, zwar werden die neuen Ideen auch von einzelnen Juden besonders stark unterstützt — was bedeuten aber schon die paar jüdischen Warenhausbesitzer und Bankdirektoren, die ihrer besonderen Fähigkeit halber auch unter veränderten Umständen ihre Privatkarriere gemacht hätten — und gewiß wird es auch in Zukunft noch solche Glückspilze geben — was bedeuten diese wenigen gegenüber der großen Masse, für die das Morgen ein Fragezeichen ist?

Kein Wunder, wenn daher überall, wohin man kommt und was man liest und mit wem man spricht, die Lage in den schwärzesten Farben gemalt wird. Denn der Ausweg, den es gibt, nämlich die Anpassung und Einordnung in das neue Wirtschaftssystem, ist für die Juden aus anderen Gründen nicht beschreitbar. Um auch jetzt wieder wie vor 70 Jahren Wirtschaftspioniere zu sein und sich zu behaupten, indem man den andern, schwerfälligeren, vorauseilt, fehlen die Voraussetzungen. Allein die antisemitische Pest, die Deutschland ohne Unterschied der Partei verseucht, läßt das nicht mehr zu. Außerdem fehlen auch den Juden selbst die Energie, Kraft und Intelligenz, über die sie damals in größerem Maße als die andern verfügten. Das Judentum ist nach dem Weltkrieg erschöpft und zermürbt, seine Wirtsvölker haben sich unterdessen einen Nachwuchs herangebildet, der es mit dem jüdischen Unternehmergeist aufnehmen kann.

Durch Proletarisierung würde es der großen Masse gelingen, sich wirtschaftlich zu erhalten und das tägliche Brot zu sichern. Für eine solche fehlen aber jegliche Voraussetzungen und auch jeglicher Wille. Wenn wir daher heute den wachsenden Rückgang der Zahl der jüdischen Erwerbstätigen, Sinken ihres Gesamteinkommens und Ansteigen der Zahl der jüdischen Arbeitslosen und der jüdischen Konkurse und Ausgleiche — also um sich greifende Pauperisierung zu verzeichnen haben, so aus dem Grunde, daß die deutschen Juden die nahende Katastrophe nicht sehen wollen und krampfhaft an den veralteten Formen individualistischer Wirtschaftsform festhalten, während ihnen der Boden unter den Füßen schwindet. Völlig unvorbereitet geht die deutsche Judenheit dem neuen Wirtschaftssystem entgegen.

Und sollte auch die Eingliederung der deutschen Juden in die kollektivistische aufgebaute deutsche Volkswirtschaft gelingen, sie müßte mit dem Preis des Jude-Seins erkauft werden. Denn nur eine feste wirtschaftliche Basis ermöglichte es dem Einzelnen, sein Judentum trotz der feindlichen Umgebung durch Jahrhunderte zu erhalten. Die Erkenntnis von dieser doppelten Bedeutung des Geldes für seine Existenz als Mensch und als Jude, hatte der Jude vor der anderen Welt voraus. Und darum suchte er jene Wirtschaftszweige zum Gebiet seiner Betätigung, wo er fremde Konkurrenz gar nicht oder nur wenig zu fürchten hatte. Dadurch und durch seine Mehrleistungen auf den betreffenden Gebieten, war es ihm möglich, Jude zu bleiben.

Denn Jude sein, heißt im wirtschaftlichen Wettbewerb gehandicapt sein. Das neue Wirtschaftssystem nimmt jede Möglichkeit, diesen Nachteil durch wirtschaftliche Mehrleistung wettzumachen. Wenige starke Naturen werden dem Judentum treu bleiben, die meisten aber ihre und ihrer Kinder materielle Existenz mit dem Opfer des Judentums erkaufen müssen. Zwei Länder zeigen uns diesen Prozeß in grausiger Klarheit: Rußland und Polen.

Wer heute in Rußland leben will, das heißt wer Anspruch auf Nahrung, Kleidung, Wohnung und ärztliche Hilfe erhebt, hat sich in jeder Beziehung in das Wirtschafts- und Geistessystem des Bolschewismus einzuordnen. Tut er das nicht, so ist er ein lebender Anachronismus, zum Aussterben bestimmt, wie die ältere jüdische Generation, oder ein Held, wie die russischen Zionisten. Und Helden gibt es nur wenige. So ist ein kleiner Teil der jüdischen Bevölkerung Rußlands proletarisiert, das sind jene, die sich rechtzeitig in die neue Ordnung hineinfanden, allerdings unter Aufgabe des Judentums, wozu man sich ja heute in Rußland nicht mehr zu taufen braucht, der größte Teil ist aber ganz verarmt und ohne jede Hoffnung auf Besserung.

Aehnlich ist es in Polen, wo der erste Schritt, sich wirtschaftlich besser zu stellen, die Entweihung des Sabbat ist. Denn der jüdische Kaufmann kann gegen die Konkurrenz nicht aufkommen, wenn er zwei Tage die Woche feiern oder an Feiertagen, wie es heuer zu Pessach war und zu Pfingsten wieder der Fall sein wird, gar vier Tage hintereinander sein Geschäft geschlossen halten muß. Er konnte es noch, so lange er bessere Waren und billigere Preise bot als sein nichtjüdischer Konkurrent. Davon ist aber heute keine Rede mehr. Die Welt hat von uns gelernt. Mit dem Sabbat erkauft sich der polnische Jude seine Konkurrenzfähigkeit und so wird er Stück um Stück seines Judentums aufgeben müssen. Wer könnte es ihm verdenken?

Ein Land nach dem andern kommt so an die Reihe, überall nach seiner Art und unter andern Bedingungen, aber mit den gleichen Folgen für die Juden, und sei ihre Lage selbst so gut und äußerlich sicher wie sie noch vor kurzem in Deutschland war.

Wir haben uns bemüht, rein wirtschaftlich zu denken, und andere Momente nur in unsere Betrachtung gezogen, als sie entscheidend auf die Wirtschaft mit einwirken. Aber auch rein wirtschaftlich gesehen, bekommen wir wieder einen Beweis, wie recht der Zionismus hatte, als er auf die Gefahr der labilen Grundlage des jüdischen Wirtschaftslebens hinwies. Den **Ausweg, den wir nannten, nämlich die geschlossene jüdische Siedlung** — heute kommt in erster Reihe Palästina dafür in Betracht — wollten die sich sicher fühlenden Juden nicht sehen. Nun muß sie die nahe Katastrophe belehren, daß die Erhaltung des Judentums nur dort möglich ist, wo Judentum keine Benachteiligung darstellt, wo man nicht mehr leisten muß, um Jude bleiben zu können, sondern wo Judentum etwas Gegebenes ist, Selbstverständlichkeit, allen in einem Wirtschaftsgebiet Tätigen gemeinsam und daher nicht gegen den Zweiten auszuspielen. =um

Verkehrs- und Wirtschaftsfragen in Palästina

Drohender Autostreik — Wirtschaftsreformen der Regierung

Palästina stand dieser Tage am Vorabend eines Gesamtstreikes der Chauffeure und Autobesitzer. Von einigen arabischen Autobesitzern und Autohändlern ging die Anregung aus, durch einen Streik die Regierung zu zwingen, ihre bisherige Politik gegen das Autoverkehrswesen aufzugeben. Der Streik sollte am 1. Juli beginnen, da an diesem Tage die neuen Konzessionsscheine für das zweite Halbjahr behoben werden müssen. Die Regierung erhebt von jedem Blech Benzin über 50% an Zöllen; ein Blech Benzin, das in den Nachbarländern 240—260 Mil (ca. 40 Kč) kostet, kostet hier 460 Mil (72 K). Außerdem erhebt die Regierung für die Konzession eine Gebühr von 8—50 LP. im Jahre. (In den Nachbarländern wird die Konzession umsonst gegeben). In letzter Zeit erhöhte die Regierung auch den Zoll auf Reifen um 60% und arbeitete ein Straßengesetz aus, das für den Autoverkehr nachteilig ist.

Die arabischen Chauffeure, die sich mit den jüdischen ins Einvernehmen setzten, traten zunächst für sofortige Proklamierung des Streikes ein. Die Mehrheit der jüdischen Chauffeure und ihre Organisationen verhielten sich skeptisch gegenüber einem voreilig proklamierten allgemeinen Streik. Sie verlangten vorerst Vorbereitungen: Verhandlungen mit der Regierung, Mobilisierung der Stadtgemeinden, Inanspruchnahme von London, falls die Regierung die Forderungen nicht erfüllt, Gewinnung der öffentlichen Meinung, Vorbereitung der Chauffeure, damit der Streik, falls er sich als notwendig erweisen wird, auch mit Erfolg zu Ende geführt werden kann. Zwar waren die arabischen Vertreter von dieser Stellungnahme zuerst nicht befriedigt und beharrten auf sofortiger Proklamierung des Streiks, doch kam es schließlich am 30. Juni zu einer Einigung da auch die Regierung den Termin für die Behebung der Konzessionsscheine um einen Monat verschob. Am Abend des 30. Juni fand eine gemeinsame Sitzung der arabischen und jüdischen Chauffeure und Autobesitzer statt, in der über den Tätitgkeitsplan in der nächsten Zeit beraten wurde. Die Versammelten dankten dem Waad Leumi und der Arabischen Exekutive für ihre Intervention bei der Regierung und für die Unterstützung ihrer Forderungen.

Der Leiter des Landwirtschaftsdepartements der Regierung gab in der zweiten Sitzung des vor kurzer Zeit gegründeten landwirtschaftlichen Rates der Regierung, an dem sich bekanntlich Beamte, sowie Vertreter der jüdischen, arabischen und deutschen Landwirtschaft beteiligen, die Erklärung ab, daß die Palästinaregierung entschlossen sei, die Zölle auf ägyptische landwirtschaftliche Produkte zu erhöhen, wenn Aegypten seinen Zollkrieg gegen Palästinaprodukte nicht aufgebe.

In der gleichen Sitzung forderte Zwi Viteles von dr Regierung, dahin zu wirken, daß die arabischen und jüdischen Bananenzüchter sich in gemeinsamen örtlichen Genossenschaften organisieren. Falls die Regierung in dieser Sache nichts unternehmen werde, dann würden andere hiesige Institutionen und die Bank für Genossenschaften bereit sein, die jüdischen und arabischen Bananenzüchter bei der Organisierung zu unterstützen. Es sei unmöglich, den Markt in einer so schlechten Verfassung zu belassen. Der Vorsitzende erklärte, daß die Regierung mit diesem Vorschlage sympathisiere, es sei aber noch auf ein weiteres Referat im Rate zu warten. Inzwischen bestätigte der Rat den Vorschlag, die Eisenbahnfracht für Bananen von 35 LP. pro Waggon auf 12 LP. zu ermäßigen.

Der Leiter der Landwirtschaftsabteilung gab auch bekannt, daß die Regierung sich mit einem Gesetzesvorschlag befasse, der verpflichtet, Eier zu beziehen. Das Gleiche wird auch für Honig verlangt werden. Die Regierung will auch Zeugnisse ausfolgen, die bestätigen, daß der ins Ausland verschickte Honig palästinensischen Ursprungs sei. Ein Regierungsbeamter wird die Versuchsstationen anderer Länder besuchen, um die letzten Verfahren in der Konservierung von Früchten kennen zu lernen. In der Landwirtschaftsschule in Tul-Kerem soll eine Konservierungsanlage geschaffen werden, und die Regierung wird die Landwirte unterweisen, solche Anlagen auf genossenschaftlicher Grundlage zu errichten.

Wochenschau

* **Katastrophale Wohnungsnot unter den Juden Salonikis.** Die Niederbrennung des jüdischen Stadtviertel Kampbell durch die griechischen Nationalisten, wodurch einige hundert jüdische Familien obdachlos geworden sind, hat das seit dem Riesenbrande in Saloniki i. J. 1917 latente Problem der jüdischen Wohnungsnot in Saloniki wieder akut werden lassen. Der neue Stadtbauplan von Saloniki sieht die Niederreißung der Reste der damals verbrannten Häuser und der elenden Wohnbaracken vor, so daß die jüdische Gemeinde Saloniki jetzt vor der Notwendigkeit steht, für etwa 1500 jüdische Familien Wohnungen zu beschaffen.

* **Bestrafte Studenten.** Der Senat der Berliner Universität hat im Zusammenhang mit den Universitätskrawallen bei sieben Studierenden, vier Nationalsozialisten und drei Kommunisten, auf Entfernung von der Universität Berlin erkannt. Der Kölner Schnellrichter verurteilte den 24jährigen Studenten Baldur von Schirrach aus München, Reichsleiter des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, wegen Vergehens gegen die Notverordnung vom 29. März zu drei Monaten Gefängnis. Schirrach hatte am 8. Juli die Protestkundgebung vor der Universität Köln veranstaltet, die in einen antisemitischen Exzeß ausartete.

* **Nur noch arische Geflügelhändler.** In der letzten Berliner Stadtverordnetenversammlung beantragte die nationalsozialistische Fraktion nur noch arische Geflügelhändler in den Markthallen zuzulassen. Die Abstimmung über den Antrag wurde vertagt.

* **Synagogenbrände.** Eine der ältesten Synagogen Lettlands, das Preiler Minjan in Dwinsk, ist niedergebrannt. Das Feuer griff auch auf die durchwegs von Juden bewohnten angrenzenden Gebäude über, von denen mehrere vollkommen zerstört wurden. Zahlreiche jüdische Familien sind obdachlos geworden. — Die große Synagoge in Charbin (China) wurde durch einen Brand, der, vom Dachgeschoß ausgehend, sich mit großer Schnelligkeit über das ganze Gebäude ausbreitete, vollständig vernichtet. Unmittelbar nach Ausbruch des Brandes strömten die jüdischen Einwohner herbei, um die Thorarollen und heiligen Bücher zu bergen. Sämtliche Feuerwehrabteilungen von Charbin bemühten sich vergeblich, dem Brand Einhalt zu tun. Elf Feuerwehrleute wurden durch das einstürzende Dach schwer verletzt und konnten nur mit Mühe durch Angehörige der jüdischen Gemeinde aus dem brennenden Gebäude gerettet werden. Als Brandursache wurde Kurzschluß festgestellt.

* **Schlacht zwischen Zionisten und Kommunisten.** In Mazowiecki in Polen kam es während einer in der Stadtsynagoge veranstalteten Herzl-Gedenkfeier zu einer Straßenschlacht zwischen Kommunisten und Jungzionisten, als die Kommunisten versuchten, die zionistische Fahne von der Synagoge herunterzuholen und die rote Fahne anzubringen. Der junge Revisionist Jizchak Fischhof wurde durch Messerstiche getötet. Die Polizei verhaftete einige Kommunisten.

* **Antisemitischer Terror in Polen.** Die jüdische Bevölkerung des Städtchens Konsk, Wojwodschaft Kielce, steht seit einigen Tagen unter scharfem Terror jugendlicher Huligans. Einem alten Juden wurde der Bart ausgerissen, fünf weitere von den Huligans mißhandelte jüdische Bürger liegen schwerverletzt darnieder. Die Bauernschaft der Umgebung wird von Agitatoren aufgefordert, in die Stadt zu ziehen, um über die Juden herzufallen. Die Agitatoren drohen, in Konsk das zu wiederholen, was ihre Gesinnungsgenossen in Zloczow und in Radom vollbracht haben. Eine Abordnung der jüdischen Bevölkerung begab sich nach Kielce zum Wojwoden, um diesen um Schutz von Leben und Eigentum der Juden zu bitten. — In der Nacht zum 9. Juli kam es in Siemianowitz bei Kattowitz (Polnisch-Oberschlesien) zu schweren Ausschreitungen polnischer Sokolisten gegen die deutsche Bevölkerung. Die Ausschreitungen hatten auch antisemitischen Charakter. Die Exzedenten drangen in die Wohnungen von zwei jüdischen Kaufleuten ein, die notdürftig bekleidet auf die Straße flüchteten, nachdem sie mit Gummiknüppeln auf schwerste mißhandelt worden waren und dabei einige Knochenbrüche erlitten hatten.

△ **Jüdische Polizei in Jadjur.** Die seit dem Ueberfall auf eine jüdische Arbeitergruppe aus Jadjur im April dieses Jahres dort stationierten vier britischen Polizisten wurden durch zwei jüdische Polizisten ersetzt. Es verlautet, daß demnächst zur Sicherung der öffentlichen Ordnung in dem Distrikt eine neue Polizeistation in Jadjur errichtet werden soll.

△ **Gerichtsentscheidung über die Terrains an der Bucht von Haifa.** Das Haifaer Gericht für Angelegenheiten betreffend den Grundstücksverkehr hat nach 16tägigem Prozeß das Eigentumsrecht jüdischer Korporationen an den durch sie von der arabischen Großgrundbesitzerfamilie Sursuk erworbenen Terrains im südlichen Teil des Gebietes an der Haifa-Bucht bestätigt: Die arabischen Pächter wurden zur Räumung des 2135 Dunam umfassenden Geländes sowie zum Ersatz der Prozeßkosten verurteilt. Eine Reihe anderer Prozesse, in denen über das strittige Eigentum an Grundstücken im nördlichen Teil des Gebietes an der Haifa-Bucht entschieden werden soll, sind noch im Gange.

Jüdische Kammermusik-Abende in der Tschechoslowakischen Republik. Eine Renaissance des jüdischen Volksliedes erstrebt eine Gruppe namhafter Künstler — der Komponist Marc Lavry, die Sängerin Maria Rapp-Janowskaja und das Moor-Quartett (Meirowitz, Minski, Kurtz, Weil) — dadurch, daß sie die jüdische Volksmusik und das jüdische Volkslied in die Sphäre der Kammermusik hebt. In einigen geschlossenen Berliner Zirkeln haben die Künstler bereits Proben dieser nicht nur in der jüdischen Sphäre neuartigen Volksliedkunst (bisher hat nur Arnold Schönberg einige Lieder zu Streichquartettbegleitung geschrieben) gegeben, und die hauptsächlich aus Kennern zusammengesetzte Zuhörerschaft war gebannt und erschüttert; man hatte das Empfinden, daß sich hier etwas Neues, und nicht allein für das jüdische Volkslied, anbahnt. Ganz anders als bei Klavierbegleitung verschmilzt bei Streichquartett-Untermalung die Gesangstimme harmonisch mit den Instrumenten, wächst organisch aus ihnen heraus. Voran die Sängerin, Frau Maria Rapp-Janowskaja, mit ihrem starken, edlen und alle Skalen des Ausdrucks beherrschenden Sopran und ihrer individuellen Gestaltgebung erreicht es, daß das jüdische Volkslied durch die Hebung in die Sphäre der Kammermusik nicht allein eine Veredelung, sondern auch eine Verlebendigung erfährt. — Die Künstler werden zunächst in der Tschechoslowakei, in der zweiten Julihälfte, mit ihren Darbietungen in Konzertsälen hervortreten, nach ihrer Rückkehr werden sie auch in Berlin und in anderen Städten Deutschlands sich einem größeren Publikum zeigen.

△ **Die Agudah in Palästina separiert sich.** Zum Protest gegen die Entscheidung des Waad Leumi in der Frage der Fußballwettspiele an Sabbathtagen hat die Agudah Jisrael in Palästina ihre Vertreter aus allen gemeinsamen jüd. Komitees, auch aus dem Volkszählungskomitee des Waad Leumi und dem Komitee der Jerusalemer Jüd. Gemeinde für städtische Angelegenheiten zurückgezogen.

★ **Jüdischer Bürgermeister in Holländisch-Indien.** Die Regierung von Holländisch-Indien hat den Präsidenten der Vereinigung für jüdische Interessen in Cherobo, den Ingenieur F. C. van Lier, zum Bürgermeister der Stadt Batavia ernannt. Es ist dies der erste Fall der Bestellung eines Juden zum Bürgermeister einer Stadt in Holländisch-Indien.

Albert Thomas über Palästina

Basel. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, hat an den Zionistenkongreß ein Schreiben gerichtet, in welchem er daran erinnert, daß in der Präambel zu dem Teil des Friedensvertrages, der sich mit Arbeitsfragen beschäftigt, der Grundsatz niedergelegt ist, daß der Weltfriede nur gesichert werden kann, wenn er auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit aufgebaut wird. Dieser Grundsatz sei für Palästina von besonderer Bedeutung. Frieden und Eintracht in Palästina seien gefährdet, solange dort noch Arbeitsbedingungen bestehen, die Ungerechtigkeit, Härten und Entbehrungen für einen erheblichen Teil der Bevölkerung in sich schließen. Er habe daher mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß die Mandatarmacht beabsichtigt, in naher Zukunft eine Revision der Arbeitsgesetzgebung in Palästina vorzunehmen. Die auf dem unlängst abgehaltenen Kongreß der Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-Arbeiter-Gewerkschaft Palästinas gebildete neue internationale Gewerkschaftsorganisation sei für die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung in Palästina von großer Bedeutung. In der Verbesserung der Arbeitsbedingungen aller palästinensischen Arbeiter, im Wachstum einer gesunden Gewerkschaftsbewegung und in der erfolgreichen Durchführung von Siedlungsplänen erblicke er in einem hohen Maße die Voraussetzung für eine friedliche und glückliche Zukunft Palästinas. Zum Schluße schreibt Albert Thomas: „Es ist mein inniger Wunsch, daß Palästina rasche Fortschritte in der Richtung des im Mandat niedergelegten Ideals mache, zur Verwirklichung eines Staates, in dem das Jüdische Nationalheim errichtet ist, der mit Selbstverwaltungs-Institutionen ausgestattet ist, und in dem die bürgerlichen und religiösen Rechte aller seiner Bewohner gesichert sind. Ich möchte meinen aufrichtigen Wunsch hinzufügen, daß die Arbeit des XVII. Zionistenkongresses in hohem Maße zur Erreichung dieses Ideals beitragen möge."

Die Juden in Italien

Interview mit dem italienischen Justizminister.

Der italienische Justiz- und Kultusminister Alfredo Rocco, der bekannte Theoretiker des Fascismus, hat in einem dem JTA.-Vertreter in Rom Dr. Ed. D. Kleinlerer gewährten Interview die rechtliche Lage der Juden in Italien umrissen und bemerkenswerte Äußerungen über die Stellung des Fascismus zur Judenfrage und sein Verhältnis zu den des Rassenprinzip betonenden „fascistischen" Bewegungen des Auslands gemacht.

Im Verlauf des Gesprächs erklärte Minister Rocco, die moralische und allgemeine Lage des italienischen Judentums habe sich nach dem Abschluß des Konkordats mit dem Vatikan bedeutend verbessert. Die italienischen Juden hätten Rechte erhalten, die sie bis dahin nicht besaßen. U. a. wird nunmehr die zivilrechtliche Gültigkeit der vor dem Rabbiner geschlossenen Ehen anerkannt. Das von der fascistischen Regierung ausgearbeitete und vor einiger Zeit in Kraft gesetzte Statut, durch das Bestand und Tätigkeit der jüdischen Gemeinden Italiens geregelt wird, werde dazu beitragen, das italienische Judentum noch mehr zu konsolidieren. Dieses Statut habe denn auch die volle Anerkennung der jüdischen Kreise gefunden und sei von ihnen mit Dankbarkeit aufgenommen worden. Nach dem Abschluß des Konkordats wurde ein Spezialgesetz erlassen, durch das die volle Religionsfreiheit für die nichtkatholischen Bekenntnisse in Italien anerkannt wird. Alle diese Bekenntnisse besitzen das Recht freier und öffentlicher Religionsübung, ihre Anhänger werden zu allen administrativen und politischen Stellungen zugelassen. Mit besonderem Nachdruck betonte Minister Rocco, daß die Möglichkeit der Erlangung aller staatlichen Posten für die Angehörigen der nichtkatholischen Konfessionen in Italien nicht bloß auf dem Papier stehe, daß sie nicht nur theoretisch, sondern auch in Wirklichkeit vorhanden sei. Hohe richterliche Stellungen werden in Italien von Juden bekleidet: so z. B. sind der Generalstaatsanwalt der Provinz Bari, Leopoldi Muggia, und der erste Vorsitzende des höchsten Appelationsgerichts in Ancona, Raffaelo D'Ancona, Juden. Auch viele Lehrstühle der Universitäten sind mit Juden besetzt.

Weiters erwähnte Minister Rocco, der Professor für Handelsrecht an der Universität Rom ist, daß das Handelsrecht in Italien eine große Zahl wissenschaftlicher Vertreter besitzt, die Juden sind. Einige von diesen gelten als die hervorragendsten Autoritäten auf diesem Gebiet. Auch die vor einiger Zeit eingesetzte Regierungskommission zur Habilitierung von Universitätsdozenten habe fast ausschließlich aus jüdischen Universitätsprofessoren verschiedener Universitäten bestanden. Einem der jüdischen Mitglieder dieser Kommission, Prof. Cesare Vivante, einem der bedeutendsten Theoretiker auf dem Gebiete des italienischen Handelsrechts, seien vor kurzem anläßlich seines Scheidens aus dem Lehramte große Ehrungen seitens der Universität Rom zuteil geworden. Bei der zu seinen Ehren veranstalteten Feier war auch die italienische Regierung offiziell vertreten.

Symptomatisch sei für den großen Anteil der Juden an der italienischen Armee, in der sie die höchsten Stellungen erreicht haben. Die jüdischen Generäle Liuzzi, Segre und Pugliese seien hervorragende Theoretiker der Strategie und Taktik.

Auf eine Frage des JTA.-Vertreters bezüglich der Stellung des Fascismus zu analogen Bewegungen im Auslande und zu Bewegungen, die sich selbst als fascistisch bezeichnen und gleichzeitig das Rassenprinzip stark betonen, erklärte Minister Rocco, in Italien gebe es kein Rassenproblem. Italien sei von jeher ein Land gewesen, in dem sich verschiedene Völker und Rassen mischten. Kulturell sei die Verschmelzung der verschiedenen Rassen in Italien vollständig durchgeführt. Der Fascismus stützte sich als nationale Bewegung nicht auf Rassenvorurteile. In dieser Beziehung unterscheide er sich vollkommen vom Hitlerismus.

Inland

365.768 Juden in der Tschechoslowakei

Abnahme in den hist. Ländern, Zunahme in der Slowakei und Podk. Rus.

Das statistische Staatsamt veröffentlicht die Ergebnisse der Volkszählung im Spiegel des Bekenntnisses. Die jüdische Bevölkerung betrug bei der letzten Volkszählung im Jahre 1921 353.978 und erhöhte sich bei der letzten Volkszählung im Jahre 1930 auf 356.768. In Prozenten stellte die jüdische Bevölkerung im Jahre 1921 2.4 Prozent, im Jahre 1930 2.42 Prozent der Gesamtbevölkerung dar. Die Zunahme der jüdischen Bevölkerung in der Tschechoslowakei beträgt 0.8 Prozent. Während infolge des starken Anwachsens der Gesamtbevölkerung alle anderen Konfessionen auch bei einer länderweisen Betrachtung durchwegs zugenommen haben, sind die Juden in Böhmen um 3492 und in Mähren-Schlesien um 4028 (4.3 u. 8.9 Prozent) zurückgegangen. In der Slowakei nahm die jüdische Bevölkerung um 781 (0.6 Prozent) in Karpathorußland um 9466 (10.2 Prozent) zu. Die Juden bilden 2.42 Prozent der Gesamtbevölkernug der Tschechoslowakei, gegen 2.4 Prozent bei der letzten Volkszählung im Jahre 1921.

Ein ungesühnter Pogrom. Das „Prager Tagblatt" bringt in seiner Nachmittagsausgabe vom Samstag in seiner Sonntag-Landausgabe eine Anklage des bekannten Kämpfers ums Recht, Friedrich Bill, gegen den Korporal Horak, der nach dem Umsturz in der Ostslowakei sieben Juden ermordete und beraubte. Bill weist darauf hin, daß alles unternommen wurde, um das Verfahren gegen Horak nicht in Fluß zu bringen. Nunmehr wird sich Horak des siebenfachen Raubmords beim Strafgericht in Prag zu verteidigen haben.

Statutenveränderung der orth. Kultusgemeinde Mukačevo. Die „Jiddische Stimme" Mukačevo veröffentlicht in ihrer letzten Nummer einen Protest an die Adresse des Landesamtes Užhorod, mehr aber noch an das Schulministerium, durch dessen Entscheidung die Statuten der orth. Kultusgemeinde Mukačevo abgeändert wurden. Es geht hier vor allem um einen Schutz vor Rückfällen in dunkle Reaktion. Nach dieser Statutenänderung haben in der Gemeinde, die 13.000 Seelen zählt, nur 500 das Wahlrecht. Der Rabbiner wird keineswegs durch die Generalversammlung, sondern durch ein Kollegium von 10 Männern gewählt. Dieser undemokratische Geist erlaubt es auch, die indirekten Abgaben von Nahrungsmitteln willkürlich zu erhöhen, außerdem können unbequme Mitglieder, die mit einer solchen Wirtschaft nicht übereinstimmen, durch den Kultusausschuß ausgeschlossen werden. „Wer die Verhältnisse in der PKR. kennt", schreiben die „Lidové Noviny" hiezu, „wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß das Schulministerium seine Aufgabe nicht erfüllt hat."

Ueberflüssiger Verband. Wahrscheinlich aus politischen Gründen sieht sich die orthodoxe Zentralkanzlei bewogen, einen Verband sabbathhaltender Kaufleute und Angestellten ins Leben zu rufen und ihn dem Verband gleichen Namens, der die Arbeit bisher geleistet, entgegenzustellen. Diese Gründung wird in der Slowakei als überflüssig angesehen und ist nur darnach angetan, auch in solchen übereinstimmenden Fragen Zwiespalt zu säen. Die Zentralkanzlei will eben alles politisieren, auch beim Sabbath wird keine Ausnahme gemacht.

Ein Jude ordentlicher Hörer der Husfakultät. Im Jahrbuch der „Československá evangelická bohoslovecká Husova Fakulta", Prag, wird angeführt, daß unter den 130 Hörern sich auch ein Jude befand, der an dieser Fakultät studierte.

Poale-Zion-Weltkonferenz nicht in Brünn. Wie wir erfahren, hat das Verbandsbureau der Poale-Zion davon Abstand genommen, die Weltkonferenz nach Brünn einzuberufen, und hat vielmehr Wien zum Tagungsort gewählt.

Veranstaltungskalender für die Slowakei und Karpathorußland.

Die nächsten Kreiskonferenzen finden nunmehr in Karpathorußland statt, und zwar: Chrust: Sonntag, den 19. Juli um 2 Uhr nachmittags im Handelsgremium; Mukačevo: Sonntag, den 26. Juli, 2 Uhr nachmittags, Klublokal der „Hatechija," Hauptstr. 20.

Knaben-Internat, Levoča (Leutschau), Slovensko. Dieses bekannte pädagogisch gut geleitete Institut des Dr. J. Reich, übernimmt mit Beginn des Schuljahres 1931—32, der Leiter des jüdischen Ferien-Kinderheims in Oberrauschenbach (Slovensko) Dr. Alex Somogyi, Knaben aller Schulkategorien, die die dortigen deutschen Volks- und Bürgerschulen und das Gymnasium besuchen wollen, werden bei gründlicher Erlernung des Hebräischen und auch der slowakischen Sprache gegen mäßige monatliche Bezahlung aufgenommen. Für liebevolle, strenge und gewissenhafte Beaufsichtigung des Studiums, sowie individuelle Behandlung und vorzügliche Verpflegung der Zöglinge dieses streng religiös geleiteten Erziehungsinstitutes verbürgt sich die Leitung. Adresse: Dr. Alex Somogyi, Kinderheim, Kúpele Vyšnie Ružbachy, Slovensko.

Makkabi.

Die Makkabia bewilligt

Wie wir dem letzten „Hamakkabi" entnehmen, hat die Palästina-Regierung die Abhaltung der Makkabiah für den Zeitpunkt März April 1932 bewilligt. Die palästinensische und englische Regierung stehen auf dem Standpunkt, daß durch die Einladung der arabischen Sportvereine aus Palästina, Syrien und Aegypten und der englischen Militärfußballmannschaft in Palästina die Makkabiah als eine Kundgebung des friedlichen Zusammenlebens und Zusammenwirkens der Völker zu betrachten sei.

An alle Makkabivereine des tschechischen Makkabikreises. Wir halten es für unsere Pflicht Euch auf den Umstand aufmerksam zu machen, daß wir weder Zeit noch Geld und Mühe scheuten um die Siedlung in jeder Beziehung gut vorzubereiten und es daher einzig und allein von der Anzahl Euerer Beteiligung abhängig ist, daß wir die Siedlungen mit dem besten Erfolg schließen und dadurch das kommende Turnjahr 1931—32, welches doch für die Makkabiah maßgebend ist, durch nunmehr qualitativ gut vorbereitende Hazair-Führer und Vorturner sichert. Wir stellen an die Vorturnerschaft sämtlicher Makkabivereine den dringenden Appell mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, nachdrücklichst dafür zu sorgen, daß die in Betracht kommenden Ch. umgehend spätestens bis zum 18. Juli zur Siedlungsteilnahme resp. Vorturnerkurs angemeldet werden. Für diejenigen Ch., welche über weniger freie Zeit verfügen, beginnt mit Montag, den 3. August ein 10tägiger Vorturnerkurs mit entsprechend ermäßigtem Beitrage statt. Kreisleitung des tschechoslowakischen Makkabi.

Prag

Im „Studentenheim", Prag-Košíř, werden einige Freiplätze für jüdische Hochschüler vergeben. Gesuche nebst Armutszeugnis und Studienfortschritt werden bis 30. Juli d. J. im Sekretariate der Jüdischen Fürsorgezentrale, Prag V., Maislová 18, entgegengenommen.

Dienstjubiläum. Herr Ferd. Bäuml, kommerzieller Vertreter der Selbstwehr, feiert am 30. d. M. sein 25jähriges Dienstjubiläum und zugleich seinen 70. Geburtstag.

Ein jüdisches Schülerheim in Prag. Es besteht die Absicht, am 1. September d. J. in Prag ein jüdisches Schülerheim für Mittel-, Bürger- und Handelsschüler zu errichten, in welchem bei vollständiger Verpflegung (streng koscher) Beaufsichtigung durch pädagogisch geschulte Kräfte auf moderne jüdische Erziehung und vollkommene Ausbildung in der deutschen und tschechischen Sprache besonders Bedacht genommen wird. Voranmeldungen werden schon jetzt entgegengenommen bei Direktor Jul. Gottlieb, Praha II., Putova Nr. 3/pt.

Gemeinden

Banovce: Der Zionistenverein zu Banovce veranstaltete am 6. Juli l. J. eine würdige Trauerfeier anläßlich des Todestages Herzls. Nach den üblichen Begrüßungen durch den Präses, Herrn Ernest Munk und nach tief empfundenen Absingen des lithurgischen Liedes „El Mole Rachamim" durch den Kanton, H. Gottlieb, hielt Herr Dr. Oskar Neumann die Gedenkrede, der den Traum Herzls in seiner Verwirklichung anno 1931 plastisch demonstrierte. Starker Beifall folgte seinem glänzenden Vortrage. Der Saal war trotz der großen Hitze dicht gefüllt. Béla.

Freudenthal. Vor einiger Zeit fand hier eine Vorführung des Filmes „Frühling in Palästina" statt. Neben der fast vollzählig erschienenen Judenschaft Freudenthals nahmen auch nichtjüdische Besucher, besonders aus den Kreisen der Intelligenz reges Interesse an dem jüdischen Aufbauwerk. Obgleich der aus dem Jahre 1928—29 stammende Film, in so mancher Tatsache des unaufhaltsamen Fortschrittes in bestem Sinne überholt ist, wird er auch weiterhin in allen jenen Ortsgruppen, die eine Aufführung des Filmes bisher verabsäumt haben, ein lebendiges, anschauliches Bild vermitteln — mehr als es die schönste Rede vermag — von hoffnungerfüllter jüdischer Arbeit und Leistung.

Nikolsburg. Eine kurze, aber umso heimtückischere Krankheit entriß unserem Verein seinen eifrigsten Mitarbeiter, eHrrn Dir. David Lawitz. Herr Dav. Lawitz war der eigentliche Gründer des jüdischen Turnvereines in Nikolsburg, den er im Jahre 1907 ins Leben rief und welcher im Jahre 1911 den Namen Makkabi annahm. Seit dem Bestande des Vereines gehörte Herr Dir. Dav. Lawitz dem Ausschusse an und versah die verschiedensten Funktionen mit gleicher Sorgfalt und gleichem Erfolge. Der Verstorbene erfreute sich nicht nur in turnerischen, sondern auch in den weitesten Kreisen der Bevölkerung wegen seiner Uneigennützigkeit und Tüchtigkeit der größten Beliebtheit und Wertschätzung. In Anerkennung seiner besonderen Verdienste wählte der Verein Herrn Dir. Dav. Lawitz bei seiner letzten Generalversammlung einstimmig zum Ehrenmitgliede. Das Leichenbegängnis fand am 12. Juli unter äußerst starker Beteiligung der weitesten Kreise der Bevölkerung statt. Es waren sämtliche jüdische und viele nichtjüdische Vereine und Korporationen, denen der Verstorbene als Mitglied angehörte, vertreten, allen voran jedoch der Makkabi, der seinem Ehrenmitgliede in geschlossenem Zuge das letzte Geleite gab. — Die Wiederkehr des Todestages Theodor Herzls wurde in der sehr gut besuchten Altneuschulsynagoge am 5. Juli um 11 Uhr vormittags feierlich begangen. Nach einleitenden Psalmgesängen betrat Herr Rabbiner Emil Krakauer, ein gebürtiger Nikolsburger, dzt. tätig in Komotau, die Kanzel und würdigte in einer äußerst gelungenen Rede die gesamte Tätigkeit des großen Führers und hat durch seine eindrucksvolle Rede dem Zionismus die Herzen vieler Juden geöffnet. Nach der Festpredigt, die einen nachhaltigen Eindruck auf alle Zuhörer machte, erfreute uns Herr Oberkantor Adolf Hellmann durch seine mit schöner Stimme und sehr viel Gefühl vorgetragenen Gesänge. Den Abschluß der Trauerfeier bildete das Absingen der Tikwah. Am selben Nachmittage veranstaltete der Makkabi eine Herzl-Wanderung an der Alt und Jung teilnahm und die ebenso wie die Tempelfeier als sehr gelungen zu betrachten ist. H. M.

Poprad: Sonntag, den 5. Juli fand im Saale des Hotel de l'Europe in Poprad die Kreiskonferenz des KKL. statt, an welcher die Gruppen Poprad, Kezmarok, Levoč, Spisska Nova Ves und Krompachy mit Delegierten und Gästen teilnahmen. Die Konferenz wurde um ½3 Uhr nachmittags von Herrn Seginer eröffnet, worauf die Delegierten des KKL., Herr Dr. Oskar Neumann und Herr Eduard Ullmann ihre ausführlichen Referate erstatteten. An diese beiden Referate schloß sich dann eine lange, sachliche Diskussion, an welcher sich alle Delegierten beteiligten und in welcher eine Reihe Vorschläge und Anregungen zum Ausbau der Arbeit gemacht wurden. Die Konferenz beschloß sodann, die nächste Kreistagung am 3. Jänner 1932 wiederum in Poprad abzuhalten. Um 6 Uhr nachm. wurde von Herrn Seginer die Konferenz mit Worten des Dankes geschlossen. Um 9 Uhr abends fand im Kasino eine Herzl-Feier des Haschomer-Hazair statt, bei welcher Herr Dr. Oskar Neumann eine kurze, eindrucksvolle Gedenkrede hielt.

Uh.-Brod. Am 6. und 7. Juli war die hiesige Stadt- und Kultusgemeinde der Schauplatz einer sehr erhebenden Feier. Anläßlich des Geburtstages, des vor dreieinhalb Jahren verstorbenen und hier beerdigten Philantropen Alois Schweiger wurde die große Stiftung hinterlassen, festgesetzt. Am Montag, den 6. Juli, um 3 Uhr nachmittags, begab sich die aus nah und fern zahlreich versammelte Familie auf den jüdischen Friedhof. Nach den üblichen Gebeten ergriff der älteste Neffe des Philantropen Dr. Eliezer Schweiger, Oberrabbiner aus Nitra, das Wort, schilderte in ergreifenden Worten das tatenvolle Leben des Verblichenen. Nach ihm ergriff der Neffe Dr. Albert Schweiger, Kreisrabbiner in Mödling das Wort, der auf die erhabenen Traditionen der Familie hinwies und das Streben und Wirken des Erblassers zeichnete. Hierauf versammelte sich die Familie im Hause des Großkaufmannes Herrn Leo Böck im Geburtshause der Erblassers, wo die Bestimmungen der Familienstiftung vorgelesen wurden. — Am 7. Juli konstituierte sich in der neuerbauten Kanzlei der Alois Schweigerschen Stiftung das Kuratorium. Am Nachmittag versammelte sich die Stadtrepräsentanz im Prachtsaale des mit Fahnen und Emblenen geschmückten Rathauses. Das Bild des Philantropen war mit einem Epheukranze geschmückt. Die städtische Festsitzung eröffnete Bürgermeister Lužný, Herr Richard Schweiger als Testamentvollstrecker schilderte die Dornenbahn, die er durchzumachen hatte bis er das Vermögen liqui-

dierte. Bekanntlich war der Erblasser Exporteur und das Vermögen war in verschiedenen exotischen Ländern zerstreut gewesen und nicht weniger als mit dreizehn verschiedenen Staaten mußten schwere diplomatische Verhandlungen durchgeführt werden. Nachher dankte der Bürgermeister Herrn R. Schweiger für sein Referat und stellte den Antrag, daß die Gasse, in welcher das Stammhaus der Schweiger Familie stehe, Schweigergasse benannt werde. Die Versammlung nahm den Antrag an. — Es folgte hierauf die Festversammlung der israelitischen Kultusgemeinde, die durch Max Fuchs eröffnet wurde, worauf Herr Richard Schweiger klarlegte, was die jüdischen Armen in Uh. Brod von dieser Millionenstiftung zu erwarten hätten. Hierauf schloß Herr Vorsteher Fuchs die Festsitzung.

Znaim: Am 5. d. M. entriß unserer Gemeinde der Tod Adolf Minkus, einen unserer besten Männer, im 67. Lebensjahre. Er war durch viele Jahre erster Vizepräsident der Kultusgemeinde und Obmann der Chewra-Kadischah. Durch seine aufopferungsvolle, verdienstreiche Tätigkeit hat sich der Verstorbene ein bleibendes, ehrendes Denkmal in den Herzen der Mitglieder der Kultusgemeinde geschaffen. Der Kultusrat und der Ausschuß der Chewra-Kadischah ehrten das Andenken des Verstorbenen durch eine gemeinsame Trauersitzung, in der der Präsident, Dr. Wolfenstein und der Obmannstellvertreter der Chewra Ob.-S.-B.R. Ing. Reich in bewegten Worten der Verdienste des Dahingeschiedenen gedachten. Das Leichenbegängnis, welches am 7. d. M. von der Zeremonienhalle des Friedhofes aus stattfand und an dem Vertreter der Bezirksbehörde und Stadtgemeinde und zahlreiche Korporationen teilnahmen, zeigte von den Sympathien, deren sich der Verblichene erfreute. Am Grabe sprach in tief empfindenden Worten Sr. Ehrw. H. Prof. Dr. Kahan und O.-St.-B.-R. Ing. Reich im Namen des Kultusrates und der Chewra Kadischah. Die rituellen Gebete wurden von Herrn Oberkantor Handgriff unter Assistenz des zweiten Kantors, Herrn Rosner und eines Chores zum Vortrag gebracht. Wir alle, die wir Adolf Minkus kannten, werden ihm stets ein ehrendes und dankbares Angedenken bewahren. P.

קרן קימת לישראל
NÁRODNÍ FOND ŽIDOVSKÝ
JÜDISCHER NATIONALFONDS

PRAG I., Dlouhá 41.
Postsparkassenkonto 202.628. Telephon Nr. 952-16

Für das Hauptbureau in Jerusalem sind eingegangen vom 1. bis 11. Juli.

	5690:	5691:
Böhmen:	41.423.30	6.771.05
Mähren u. Schlesien:	12.631.20	13.579.60
Slowakei:	7.318.65	14.195.85
Karpathorußland:	911.90	1.314.10
	62.285.05	35.860.60

Büchsen

Bilin: Oesterreicher 12.70. **Bischofteinitz:** Jakob Eckstein 54.—. **Eger:** S. Steininger 12.40, E. Schwab 23.55, T. Teller 18.60, B. Fischl 54.50, Prof. Freud 17.70, L. Kohn 10, L. Löbl 50, E. Kohorn 10, Prof. Klatscher 17, Rest. Heller 17, F. Löwy 10, Dr. Klein 20, F. Weißkopf 10, Arch. Herrmann 18.80, R. Bleier 13, u. 10 64.15; zus.: 389.80. **Hradec Kralove:** Viktor Weiß, Třebechovice 107.30, Dr. M. Kollmann 71, Ing. J. Pollak 13, M. Hasterlik 10, 2 u. 10; zus.: 210.30. **Hronov:** Brüder Holzner 29.10, E. Kohn 15.50; zus.: 44.60. **Kladno:** Vit. Löwner 53.—. **Komotau:** E. Pick 80, Dr. F. Brüll 47.50, S. O. Lichtner 40, M. Popper 30.50, Dr. Krakauer 29.50; zus.: 227.50. **Kaunowa:** F. Glaser 30, R. Reiß 23, E. Aschenbrenner, Jul. Wambach, O. Frank, Jar. Siebel je 20, A. Glaser 15, E. Anspach 12, A. Kupfer, A. Kohn, A. Reichel je 10, E. Kohn 4; zus.: 194.—. **Reichenberg:** Ing. S. Meißner 93.20, 5; zus.: 98.20. **Zwickau:** Hugo Löw 678.—. **Prag:** d. Makkabi Hazair 150 (Spez. folgt.), H. Robinsohn 50, R. Kraus 33.45, H. Czerner 28.80, Dr. J. Carniol 15, W. Heller, Frl. Meißner, Löwy je 10, 5 u. 10; zus.: 330.55. **Dolni Kounice:** E. Süßmandl 20, S. Haas 10, Geschw. Heller 43, 7; zus.: 80.—. **Jägerndorf:** E. Jokl 103, A. Schwarz 61, M. Jokl 48, M. Schmerler 41.70, F. Lichtwitz 40, O. Mammer 12.80, Dr. D. Rudolfer, H. Katz, J. Holz, Dr. E. Schwarz, B. Löwy, M. Kohn je 10, 2 u. 10; zus.: 377.50. **Jamnitz:** L. Mayer 105, K. Mayer 62, Dr. R. Kohn 41, E. Mayer 27, E. Schwarzbard 21.10, P. Schwarzbard 20, E. Gutfreund 18, J. Schwarzbard 10, 2. u. 10; zus.: 314.60. **Mähr.-Ostrau:** Dr. Spitzer 18.80, O. David 20, Dr. Winterstein 10, M. Pollak 20, L. Schneider 12, Enoch 10, Dr. Wagner 15.10, J. Taskier 10, M. Musil 27.10, Zuckermann 12.40, Naß 20.35, J. Grün 12, J. Morray 22.50, Lefkovits 38, Reichenthal 10, Dr. Löwy 11.40, H. Süßer 32.40, Großer 16.20, Korngold 10, Jellinek 21.60, Dr. Krasny 11.80, E. Hoffmann 10, Ing. Groag 12, J. Groß 20.50, N. Groß 13, M. Bachner 11, E. Schönhof 30.30, M. Aufricht 10, Dr. A. Rufeisen 33.70, Ing. Zweigenthal 21.75, Duschnitz 20, Wegner 10.50, Goldberger 15, Selmanovits 10, Friedmann 12, J. Groß 20.50, M. Klein 12.80, Mallner 10, Glücksmann 12, B. Freund 58.10, B. Reißmann 40.70, Hausner 12.15, Färber 10, Feiner 24.30, Presser 16, Biermann 10, Schönthal 11, Borger 25, Geduldig 10, Dr. Grünberg 10, A. Adler 195, O. Scharf 173.40, Kranz 10, S. Storch 15, P. Bronner 10, S. Goldberger 14.70, Grosband 12, H. März 14, L. Wulkan 12, F. Knöpfelmacher 29.80, S. Berger 12.55, O. Schlachet 11.25, Jassy 13.20, J. Flaumenhaft 28, Dr. Kahn 10, Forscher 12.80, Silbiger 20, Fränkl 34, Malch 36, Barn 25, Pospischil 25, Langer 16, Ambor 56.60, Weber 17, Pick 10, Müller 10, Herz 39.40, Drenger 10, Fränkl 20, Eichler 16.70, Groß 16.50 Sternlicht 10, M. Rosenberg 11.50, Rieß 10, Gerda Kohn 30, Oppenheim 27, Trautmann 17.10, Biermann 17.75, Ing. Sonnenschein 37.50, Königsheim 14.10, Felix 20, Immerglück 15, 143 u. 10; zus.: 2661.80. **Napajedla:** V. Kapp 57, S. Braun 55, K. Zwillinger 15, J. Freud 11, 3; zus.: 141.—. **Neu-Titschein:** 8.—. **Oderberg:** L. Berger 35.10, Dr. K. Preis 32.70, Frauenverein 21.50, W. Heim 10.50, J. Zanker, H. Epstein, Brzeziner, L. Neiger, R. Safir je 10, 22 u. 10; zus.: 250.20. **Olmütz:** Dr. Alter 20, J. Beer 10, Ing. Blum 10, Dr. Brief 10, Dr. Donath 13, A. Fischer 16, B. Fischer 10, Dr. Goldschmied 10, Ing. Goldschmied 10, J. Grünberger 13, Ch. Händel 20, Dr. J. Hirsch 10, Engelmann u. Heim 10, N. Kohn 32, H. Mandl 25, W. Mayer 40, Dr. Meißner 20, Z. Oplatka 10, S. Permann 41, J. Plaschkes 26, Ing. Rauch 12, M. Redlich 20, Ing. Spitzer 10, A. Spitzer 10, Ing. Stapler 10, P. Schenk 17, B. Schwarz 10, Ing. Schwoner 10, Otto Tauber 15, B. Weiß 15, Dr. Zweigenthal 10, L. Czuczka 50, Dr. Nišavy 115, 44 u. 10; zus.: 874.—. **Orlau:** Spez. folgt 450.—. **Stražnice:** Isab. Reiß 24, F. Siebenschein 21, S. Kornfeld 15, H. Felix 10, G. Karnitzer 38, u. 10 88.60; zus.: 196.60. **Troppau:** J. Tobias 35, Gallus 32.50, Panzer 30, W. Springmann 26, A. Horowitz 25.80, M. Groß 34.30, H. Weinberger 20, A. Felix 20, R. Lanzer 15, Grauer 11.50, Scharf 10.20, R. Breda 10, O. Vogl 10, M. Holländer 10, A. Scheftel 10, 21 u. 10; zus.: 390.90. **Uh.-Hradiště:** J. H. Berger a syn 10.30, Stella & Ditta Berger 27.45, K. Brunn 90, W. Eisinger 10, J. Frankl 10, L. Fuchs 20, Grünfeld 10, M. Grünhut 15, Hönig (Geschäft) 33.80, Hönig R. 16.20, Dr. Jellinek 16.60, F. Jellinek 10, L. Jellinek 10, O. Jellinek 20, O. Křivaček 21, M. Munk 20, K. Schindler 67, S. Trost 11.80, H. Weiß 13.50, 34 u. 10 178.35; zus.: 611.—. **Uh.-Ostroh:** Karoline Reichsfeld 100, Jvrijah 37, Reich u. Träubl 13, M. Czech 11, J. Nußbaum, E. Adler, Dr. Wagner, L. Sonnenfeld je 10, 3 u. 10; zus.: 217.—. **Val. Meziříčí:** Spez. folgt 576.—. **Vsetin:** Knöpfelmacher 97.50, L. Blann 83.60, L. M. Schön 50, N. Neugebauer 20, S. Weinstein 30, M. Eichner 20.70, 3; zus.: 378.80.

Insgesamt 9819.55.

Goldenes Buch

Eger: (Eintrg. Prof. Freud): Dr. Mandler 10, Arch. Herrmann anl. Abl. s. Schwiegervaters 50; zus.: 60.—. **Jindř. Hradec:** (Eintrg. Cilly Maier): Gisella Breier, Fanny Schulz u. Moritz Schulz 1000.—. **Prag:** Ing. O. Aschermann 10, Dr. J. Brand 10, Rud. Aschermann 20 (Eintrg. Brand); zus.: 40.—. **Uh. Ostroh:** Anl. Verlobung Stößler—Löwy 110, Anl. Verlobung Reichsfeld—Haas 100, Anl. Verm. Max Munk, Uh.-Hradiště spend. Paul Adler 50; zus.: 260.—.

Insgesamt 1870.—.

Landspenden

Aussig: Pauline Raubitschek anl. Jahrz. 30, Hochzeit Oberkantor Rosenberg 76; zus.: 106.—. **Bilin:** Hugo Fleischner anl. gold. Hochz. s. Eltern Mor. u. Jeanette Fleischner, Nachod 100.—. **Bodenbach:** Anl. Hochz. Breitfeld—Beck: Fam. Sperling—Zirkl 20, Dr. Fritz Eckstein 50, Dr. Franz Ekstein Selbstbesteuerung 10; zus.: 80.—. **Nove Město:** Bedř. Lederer grat. Otto Tierfeld, Žižkov z. Geb. s. Tochter 10, Else Rosenfeld, Wien 10, M. Feischner, Nachod z. gold. Hochz. 10, kond. Fam. Taussig, Poděbrad 10; zus.: 40.—. **Reichenberg:** Oskar u. Wally Schnürmacher anl. Konfirm. i. Sohnes Paul 50, Gesammelt d. E. Duschinsky Brith Trump. Gablonz: K. Goldschmied 100, K. Steiniger 100, F. Steiniger 100, d. W. Zemanek f. Schatta: A. Dub 10, 4 u. 10 22; zus.: 382.—. **Saaz:** Anl. Herzls Jahrz.: K. Herrmann 25, J. Sax, J. Löblowitz, M. Grünfelder, Dr. Eben, Gebr. Reiß, S. Weiner je 20, Dr. F. Feigl, Karl Löwy je 15, M. Abeles, R. Taussig, E. Straß, Dr. J. Glaser, W. Löwenbach, H. Glaser, E. Treulich, H. Lauer, E. Kotek, L. Hübsch, H. Kotek, Dr. H. Löwy, K. Straß, H. Fluß, E. Kohn, M. Stein, A. Kohn, Dr. Proper, Löwenthal, F. Weißkopf, E. Löwy, M. Heller, R. Katz, R. Glaser J. Kroeier u. Sohn, Samuel, F. Zentner, A. Pick, N.N., E. Löwy, E. Samuel, H. Melzer, Popper, H. Stein, A. Glaser, M. Friedländer, R. Kohn, O. Abeles, W. Grünbaum, R. Feldmann, L. Guen, G. Neumann, N.N., Fleischmann, K. Körper, Ing. Heller je 10, 1 u. 5; zus.: 730.—. **Strakonitz:** Josef Pollak 20, H. Schermer 10; zus.: 30.—. **Teplitz-Schönau:** E. A. 540.—. **Prag:** Zur Hochz. Mimi Kohn—Ing. Fritz Gerö grat.: Ing. H. Abeles u. Frau 20, R. Chitz 20, S. Pollak 10, A. Löwy 10, Hans Kohn u. Frau danken f. Grat. 50, Anton Glaser kond. Dr. Max Brod anl. Ableb. s. Mutter 20, Friedr. Mautner a. selb. Anl. 10, Filip Lebenhart kond. Leop. Schmolka Iglau 20; zus.: 160.—. **Brünn:** Dr. Art. Feldmann 500, Ing. Josef Sommer 30; zus.: 530.—. **Břeclava:** Anl. Hochz. Winter—Spitz: Otto Spitz u. Fr. 50, C. Winter 30, Prof. L. Spitz, Neutitschein 20, L. u. H. Abel, Olmütz 20, F. Spitz 15, Ing. A. Bittner 10, R. Bittner 10, 5; zus.: 160.—. **Hruschau:** J. Knöpfelmacher, V. Schanzer, Dattner, J. Warenhaupt, Weiß Kamholz, N.N. je 10, 2 u. 5; zus.: 80.—. **Jägerndorf:** S. Jokl anl. Ableb. Frau D. Berl 100, A. Klinger 50, Reif-Wiese 20, M. Jokl 10; zus.: 180.—. **Mähr.-Ostrau:** Dr. Fuchs, Dr. Winterstein, Dr. Braun, Ing. Zweigenthal, E. Hilf grat. L. Weiß u. Frau z. gold. Hochz. 25, Mila Musil grat. P. u. O. Herrmann z. Geb. e. Tochter 20, Grete Steiner anl. Verm. i. Tochter 20, Kranzablöse f. S. Fischer s. A. Beamten d. Firma Josef Spitzer 30, Hochz. Mikolajewitsch—Beck 190, Hochz. Presser—Fränkl 80, R. Fisch anl. Verm. s. Schwester 20, Paul u. Olly Herrmann anl. Geb. i. Tochter 100; zus.: 485.—. **Neu-Titschein:** E. A. 85.55. **Oderberg:** Sammlung Hochz. Großmann 25.—. **Olmütz:** Hochz. Redlich—Brode 400, Schatta-Akt. d. Jugendkom. d. KKL. 447; zus.: 847.—. **Oralu:** Jüd. Sportklub Hakoah 400, div. Spenden 40; zus.: 440.—. **Stražnice:** E. A. 120, S. Kornfeld anl. Geb. s. Sohnes 100, zus.: 220.—. **Uh.-Hradiště:** H. Reich anl. Matura 10.—. **Val. Meziříčí:** Herb. Binhstamm 100.—. **Vsetin:** Wolf, Val. Meziříčí anl. Abl. David Schönberg 60, E. A. 169.75, Hans Rebenwurzel grat. Max Munk u. Fr., Uh.-Hradiště 20; zus.: 249.75.

Insgesamt 5590.30.

Thoraspenden

Aussig: S. Katz 10, Oberkantor Rosenberg 20, Dir. Schaufel 25, 4 u. 5; zus.: 75.—. **Bischofteinitz:** Jakob Eckstein 16.—. **Saaz:** Karl Herrmann 100, M. Gold 20, H. Kohn 15, L. Glaser, J. Grünwald, J. Löblowits, M. Grünfelder, L. Lehart, O. Abeles, E. Löwy je 10, 3 u. 5; zus.: 220.—. **Břeclav:** S. Neumann 20, 5; zus.: 25.—. **Mähr.-Ostrau:** M. Reißfeld 30, Ing. W. Sonnenschein, R. Großer je 20; zus.: 70.—. **Napajedla:** L. Zwillinger 10.—. **Neu-Titschein:** H. Heim 20.—. **Orlau:** 700.—. **Prostějov:** F. Kurz 100, Flann & Seifter 30, H. Kurz 20, J. Weiser 20, J. Samet 10, Ing. Elkurz 10; zus.: 190.—. **Stražnice:** E. Müller 10, F. Reiß 20, E. Rebenwurzel 10; zus.: 50.—. **Uh.-Hradiště:** B. Reich 40.—. **Vsetin:** M. Haas, A. Politzer, K. Klein, M. Schön, H. Rebenwurzel, M. Schön je 10, 5; zus.: 65.—. **Třebič:** W. Glaser 20.—.

Insgesamt 1501.—.

IMI Sammeltaschen

Eger: Prof. Freud 19.10, S. Steiniger 10.40; zus.: 29.50. **Hradec Kralove:** B. Polak 18.—. **Reichenberg:** H. Zemanek 30.40. **Prag:** Ella Berner 12.—. **Jägerndorf:** Fritz Jokl 219.60. **Uh.-Hradiště:** K. Brunn 20.40, 6.40; zus.: 26.80. **Insgesamt 336.30.**

Č. S. R. Wald

Aussig: Jüd. Volksverein Th. Herzl anl. Hochz. Oberkantor J. Rosenberg 1 B., Oberkantor J. Rosenberg u. Fr. Esther, geb. Bloch anl. i. Verm. 2 B.; zus.: 150.—. **Bodenbach:** Dr. Franz Ekstein u. Frau grt. Dr. Fritz Eckstein u. Fr. z. Geb. e. Sohnes 2 B., Dr. Fritz Eckstein anl. Geb. e. Sohnes 2 B.; zus.: 200.—. **Mies:** B. Bondy anl. Abl. Fr. Nelly Naschauer geb. Bondy 4 B.; zus.: 200.—. **Prag:** D. Wizo: Fr. Ida Meißner, Reichenberg f. Johanna-Hayek-G. 1 B. In Jiřik-Sternschuß-G.: Hede Stein 2 B., Marie Beck 1 B., Karla Kauders 1 B.; zus.: 250.—. **Hruschau:** 1 B. a. d. N. L. Langer 50.—. **Mähr.-Ostrau:** Hanna Löwy kond. F. Strauß anl. Abl. s. Vaters 1 B. a. d. N. Nathan Strauß 50.—. **Stražnice:** MUC. Rebenwurzel anl. bestand. Prüfung 1 B. a. d. N. Spolek sion. akad. v Brně 50.—. **Uh.-Hradiště:** Max Munk u. Fr. grat. z. Hochz.: zion. Ortsgruppe 10 B., Israel. Kultusgemeinde 2 B., Wizo 70, S. Hayek 10, S. Schindler 10, zusammen 690, Sammlung b. Herzl-Feier 53.50; zus.: 743.50. **Vsetin:** JUDr. Hans Rebenwurzel anl. Jahrz. a. d. N. s. Vaters S. Rebenwurzel 1 B.; zus.: 50.—. **Insgesamt 1743.50.**

Seit dem 1. Oktober sind eingegangen:

	5690:	5691:
Böhmen:	651.743.98	495.674.63
Mähren u. Schlesien:	561.607.55	312.753.75
Slowakei:	560.937.75	324.627.75
Karpathorußland:	80.050.73	38.610.10
	1,854.340.01	1,171.666.23

Druckfehlerberichtigung: Kard. Rečice: Im letzten Ausweis sollte es richtig heißen: MUDr. Filip Rabl (nicht MUDr. F. Roth).

Die Benützung der Zeitungsmarken wurde von der Post- und Telegraphendirektion in Prag unter Nr. 135080/VII—1926 bewilligt.
Herausgeber: Ein Konsortium. — Verantwortlicher Redakteur: Moritz Mandl. — Druck von Heinr. Mercy Sohn, Prag.